

# Liste Fritz. Tirol

Pressespiegel

KW 12

17. bis 23.03.2025





UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR TIROL



## Skifahren in der Höhe

Gletscherbahn-Chefin Beate Rubatscher-Larcher sieht gute Chancen. **Seite 16**

## Beinharder Abstiegskampf

Die WSG Tirol mit Trainer Semlic geht als Zehnter in die Quali-Gruppe. **Seite 25**



Montag, 17. März 2025 80. Jahrgang | Nummer 75

Preis € 2,50

# Mehr als 500 Patienten ohne OP-Termin

Weil Personal fehlt, sind Operationen an der Innsbrucker Klinik derzeit nur eingeschränkt durchführbar. Die Verantwortlichen schlagen Alarm.

**Innsbruck** – Jeder fünfte OP-Saal an der Innsbrucker Klinik blieb im Jänner dieses Jahres gesperrt. Vergangenen August waren es sogar 40 Prozent. Grund dafür ist vor allem der Mangel an entsprechend ausgebildetem Pflegepersonal. Dieser Umstand führt dazu, dass Eingriffe an Tirols größter Krankenanstalt nur eingeschränkt durchführbar sind – mit dramatischen Folgen für Patientinnen und Patienten.

Es gibt lange Wartezeiten, auch bei Menschen, die zum Teil starke Schmerzen haben. Häufig müssen Eingriffe verschoben werden. Mehr als 500 Männer und Frauen warten derzeit darauf, überhaupt einen Termin für einen notwendigen Eingriff zu bekommen. Grund dafür: Der nächstmögliche liegt in derart weiter Ferne, dass es absolut sinnlos wäre, ihn jetzt schon zu vergeben.

Den Verantwortlichen an der Innsbrucker Klinik ist die prekäre Lage bewusst. „Warten heißt für die Patienten auch immer ein gewisses Risiko“, sagt etwa Chirurgie-Direktor Stefan Schneeberger. „Bei uns brennt der Hintern“, meint Herbert Tilg, Chef der Inneren Medizin.

Für Tilg, Schneeberger und den ärztlichen Direktor des Spitals, Alois Obwegeser, steht fest, dass sich etwas tun muss. Sie setzen einen Hilferuf ab und fordern unter anderem mehr Flexibilität beim Budget, um beispielsweise das OP-Personal besser bezahlen zu können. „Andere Krankenanstalten schrauben einfach im vom Mangel betroffenen Bereich das Gehalt etwas nach oben“, sagt Obwegeser. „Wir dürfen das nicht.“ Ein Umstand, der sich ändern müsse. (bfc)

Mehr auf den Seiten 2, 5



Der Engländer Lando Norris (McLaren) war beim Auftakt nicht zu schlagen.

Fotos: AFP/West, Larcher, APA/EXPA/Groder

# Die große Norris-Show

**Melbourne** – Regen-Chaos und Unfälle – trotzdem behielt McLarens WM-Trumpf Lando Norris die Nerven und holte sich den Sieg beim Formel-1-Auftakt in Melbourne. Der im Vorjahr hart kritisierte Engländer brach-

te damit seine Kritiker zum Schweigen. Weder der Regen noch Weltmeister Max Verstappen (NED/2.) im Red Bull konnte den 25-Jährigen stoppen.

Eine positive Überraschung lieferte indes auch Mercedes

ab: Mit Platz drei (George Russell) und vier (Andrea Kimi Antonelli) landete man im Spitzenfeld. Vor allem „Rookie“ Antonelli begeisterte die Experten. (suki)

Mehr auf Seite 27

# Die TSD müssen sparen

Flüchtlingsgesellschaft hat Konsolidierungsbedarf. Unterkunft in Hall wird geschlossen.

**Innsbruck** – Sinkende Asylwerberzahlen und teure Mieten für Unterkünfte machen einen Sparkurs bei der Landesflüchtlingsgesellschaft Tiroler Soziale Dienste (TSD) notwendig. Dazu kommen noch Fehlentscheidungen aus der Vergangenheit wie das im Jänner 2023 gestoppte Containerdorf mit 200 Plätzen im Westen von Innsbruck. Rund 280.000 Euro wurden bereits in Planungen und in den Ankauf der Container investiert. Die Liste Fritz spricht von Steuergeldverschwendung.

Flüchtlingsreferent und SP-Landeshauptmannstellvertreter Philip Wohlgenuth, der seit Dezember die Integrationsagenden verantwortet, erklärt gegenüber der TT, dass es zu keinem Stellenabbau kommen werde. Vielmehr will er beim Sachaufwand und den Unterkünften sparen. So wird ab 1. April die Unterkunft für ukrainische Flüchtlinge in Hall geschlossen. Sie hat 2024 ein Minus von 400.000 Euro verursacht. (pn)

Mehr auf Seite 4

# Tirol fehlt es an Schulärzten

**Innsbruck** – Beinahe jede zehnte Tiroler Schule im Pflichtschulbereich muss ohne Schulärztin bzw. -arzt auskommen. Betroffen sind insbesondere Mittelschulen, für die die Gemeinden zuständig sind. In Bundesschulen, also etwa Gymnasien, schaut es anders aus: Dort gibt es keine Schule ohne ärztliche Versorgung. An den unterschiedlichen Systemen gibt es Kritik, ExpertInnen sehen bereits bei den Jüngsten eine Zweiklassen-Medizin. (TT)

Mehr auf Seite 3



# Eine Sensation in der Vitrine

Die fünf 2023 in der Sammlung des Ferdinandeums entdeckten Briefe des Dichters und Dramatikers Heinrich von Kleist wurden am Sonntag im Tiroler Landestheater gezeigt. Die Ensemblemitglieder Julia Posch und Florian Granzner lasen die Briefe im Rahmen einer Matinee. **Mehr auf Seite 14** Foto: Amir Kaufmann

# Kopftuch in Plakolms Visier

**Wien** – Claudia Plakolm (ÖVP) ist von der Staatssekretärin zur Ministerin für Europa, Integration und Familie aufgestiegen. Beim Kopftuchverbot für minderjährige Mädchen will sie eine schnelle, verfassungskonforme Lösung, wie sie im TT-Interview sagt. Das Kopftuch sei „gerade bei Kindern ein Zeichen der Unterdrückung von Frauen“, befindet Plakolm. Integrationsunwillige Eltern sollen zudem mehr in die Pflicht genommen werden. (car)

Mehr auf Seite 9

## Aufgeblättert

# Verdrehte Welt

Von Benedikt Mair

Vom Kampf gegen Windmühlen hat fast jedes Kind schon einmal gehört. Die Menschen in der niederländischen Provinz Zuid-Holland gaben dem Ganzen nun einen neuen Dreh. Und entschieden sich, für Windmühlen zu kämpfen. Dafür aber gegen Windräder. Derart viele Wendungen, dass einem fast schwindlig wird. Dabei ist die Geschichte keineswegs so windig, wie sie anfangs vielleicht klingen mag. Unweit der historischen Mühlen bei Kinderdijk hätten 200 Meter hohe Windkraftanlagen entstehen sollen. Da sich Anwohner um den ikonischen Postkarten-Blick auf die fast 300 Jahre alten Flügelrad-Bauwerke sorgten, wurden die Pläne jedoch in Windeseile wieder abgedreht. Jetzt werden die Windräder eben ein paar Kilometer weiter entfernt gebaut. Weil solche erneuerbare Energieformen alternativlos sind. An all jene, die das immer noch nicht glauben wollen: Don Quijote lässt grüßen.



## WETTER

**Kühl.** Von Norden zieht eine Kaltfront auf. Dadurch sinkt die Schneefallgrenze vor allem in Nordtirol weiter herab. Im Tagesverlauf lockert es zunehmend auf, es bleibt kühl. **Seite 24**



## LOTTO

Ziehung vom 16. März 2025

6 10 12 23 28 36

Zusatzzahl: 13 Joker: 680564

LottoPlus: 3, 11, 20, 26, 33, 40

Alle Angaben ohne Gewähr

## LOKALES

**Nazi-Dichter.** Zahlreiche Landecker kennen seinen Namen, kaum einer weiß, dass er in der Zeit des Nationalsozialismus auch für Adolf Hitler gedichtet hat. Der Fritz-Zelle-Weg im Stadtteil Perjen ist nach einem ehemaligen NSDAP-Mitglied benannt. **Seite 17**

## SO FINDEN SIE

Herzlichkeiten ..... Seite 30  
Leserforum ..... Seite 20  
Notdienste, Wohin heute ..... Seite 31  
Todesanzeigen ..... Seite 22

Österreichische Post AG, TZ 022031607 T  
Schlüsselverlag J.S.Moser, Brunecker Straße 3,  
6020 Innsbruck; Retouren an PF 100, 1350 Wien



9 015480 002575 1 2

CONGRESS MESSE INNSBRUCK  
Frühjahrs messe  
Tiroler Autosalon  
20.-23. MÄRZ '25  
MESSE INNSBRUCK

Liebe Urioma! Zu deinem 80. Geburtstag gratulieren dir recht herzlich Mona, Luis, Olivia und Otto aus Sellrain! Infos unter [wetterkind@tt.com](mailto:wetterkind@tt.com)





Marcus Watzdorf vom Land Tirol präsentierte am Freitag die Ergebnisse und die ernüchternde Wahlbeteiligung der Wirtschaftskammerwahl. Foto: Rita Falk

## Wahlbeteiligung bringt Kammern in Erklärungsnot

In der Öffentlichkeit genießen Sozialpartner bzw. Interessenvertreter großes Vertrauen.

Doch bei den Kammerwahlen fällt die Wahlbeteiligung immer bescheidener aus.

**Innsbruck** – Nur noch 26,5 Prozent der Wahlberechtigten gingen bundesweit bei den Wirtschaftskammerwahlen zu den Urnen. In Tirol waren es 37,4 Prozent (-2,1 Prozentpunkte). Noch weniger, nämlich 21,2 Prozent der Studierenden, beteiligten sich 2023 bei den Studentenvertretungswahlen 2023 für die Österreichische Hochschülerschaft. Das bringt die Interessenvertretungen langsam, aber sicher in Erklärungsnot. Es geht um ihre Legitimation.

Dass ohnehin alles passt und deshalb die überwiegende Mehrheit nicht wählen geht, bezeichnet der Politikwissenschaftler Peter Filzmaier als „Wunschinterpretation“. Was für Filzmaier allerdings schon eine Erklärung ist, „sind erwartbare Ergebnisse im Vorfeld wie eben bei der Wirtschaftskammerwahl. Da fehlt dann die Motivation, zur Wahl zu gehen – nach dem Motto: Auf meine Stimme kommt es eh nicht an.“

Im Gegensatz dazu genießt die Sozialpartnerschaft als verfassungsrechtlich verankertes Interessenmonopol großes Vertrauen in der Bevölkerung.

„Und die Mitglieder von Wirtschafts-, Arbeiter- oder Landwirtschaftskammer fühlen sich überwiegend gut vertreten“, wie Filzmaier hinzufügt.

Vor allem in den „wahllosen Zeiten“ empfiehlt der Politikexperte den Interessenvertretern, ihre Mitglieder zu aktivieren und zu sensibilisieren. „Weil ihre Arbeit vielfach als selbstverständlich angesehen wird. Doch das reicht nicht aus.“ Parteien wie die FPÖ oder die NEOS wollen die Kammern zurückstutzen, die Kammer- bzw. Mitgliedsbeiträge senken. Die NEOS fordern sogar das Ende der „Zwangsmitgliedschaft“.

### Mögliche Legitimationskrise

Die Gefahr einer Legitimationskrise wegen der geringen Wahlbeteiligungen besteht. Nachdem 2019 die Wahlbeteiligung bei der Arbeiterkammerwahl in Tirol auf 33,6 Prozent gesunken war, teilte der damalige Wirtschaftsombudmann Franz Hörl massiv gegen den überlegenen Wahlsieger AK-Präsident Erwin Zangerl aus. Aufgrund der niedrigen Wahlbeteiligung sei dieser aber abgestraft worden, meinte Hörl. Im Vorjahr gingen immerhin wieder 38,7% zur AK-Wahl.

Tirols Bauernkammerpräsident Josef Hechenberger spricht von einem Dilemma, mit dem die meisten Interessenvertretungen zu kämpfen haben, denn eine niedrige Wahlbeteiligung schwäche die Standsvertretungen und erschwere letztendlich ihre Arbeit. „Und die ist weitaus vielfältiger, als den Mitgliedern eigentlich bewusst ist. Vieles ist selbstverständlich oder passiert im Hintergrund und wird gar nicht als erreichte Leistung wahrgenommen.“

Eine Möglichkeit, um mehr Mitglieder zum Wählen zu motivieren, wäre aus der Sicht von Peter Filzmaier das E-Voting bei Kammerwahlen. (pn)

### Wahlbeteiligung

**Wirtschaftskammerwahl:** Bundesweit sank die Wahlbeteiligung auf 26,5 Prozent (-7,2 Prozentpunkte) und in Tirol auf 37,4 Prozent (-2,1 Prozentpunkte).

**Landwirtschaftskammerwahl Tirol 2021:** 48 Prozent gingen zur Wahl.

**AK-Wahl 2024:** Die Beteiligung konnte auf 38,7 Prozent gesteigert werden.

**ÖH-Wahl 2023:** An der Uni Innsbruck betrug die Wahlbeteiligung 27,25, bundesweit 21,2 Prozent.

# Flüchtlingsgesellschaft trennt sich von teuren Unterkünften

Quartier in Hall wird geschlossen, 217.000 Euro mussten für Container-Flop abgeschrieben werden. Wohlgemuth: „Fehler nicht mehr wiederholen.“

Von Peter Nindler

**Innsbruck** – Die Flüchtlingsgesellschaft Tiroler Soziale Dienste (TSD) muss sparen. Derzeit werden von ihr 3120 Personen betreut, darunter 2006 AsylwerberInnen und 1114 Vertriebene aus der Ukraine. Die sinkenden Asylwerberzahlen schlagen sich allerdings im Budget der TSD nieder, die Tagsätze aus der Grundversorgung sind schließlich zentraler Finanzierungsbestandteil. 2023 betrug sie insgesamt noch 39,6 Millionen Euro.

Im Dezember hat Landeshauptmannstellvertreter Philip Wohlgemuth (SPÖ) die Integrationsagenden von Georg Dornauer übernommen, er muss in den TSD jetzt einen Konsolidierungskurs einschlagen. Der soll ohne Stellenabbau gelingen. 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den TSD beschäftigt. „Es wäre einfach, den aktuellen Budgetherausforderungen mit einem Stellenabbau zu begegnen. Meine klare Vorgabe lautet hingegen, alle anderen Einsparungspotenziale auszuschöpfen – beginnend mit den Sachaufwänden und Unterkünften.“

### Minus von 400.000 € in Hall

Bereits am 1. April erfolgt die Schließung der Unterkunft für Vertriebene aus der Ukraine. 185 Plätze gibt es, monatlich fielen Kosten von 75.000 Euro an. „Neben der Miete lag das vor allem an den vergleichsweise hohen Betriebskosten, die pauschal vom Krankenhaus an die TSD weiterverrechnet wurden“, erklärt Wohlgemuth. Dazu kamen noch Aufwendungen für den Sicherheitsdienst. Für Wohlgemuth ist das nicht mehr vertretbar. „Allein im Vorjahr hat der Standort ein Minus von rund 400.000 Euro verursacht.“

Die bislang dort untergebrachten Flüchtlinge werden auf bestehende Einrichtungen verteilt. Ebenso das Betreuungspersonal. Für



Zu teuer: Die Unterkunft für 185 ukrainische Kriegsflüchtlinge im Haller Krankenhaus wird aufgelassen. Foto: APA/Groder



Foto: Daniel Liebl

Die Konsolidierung erfolgt ohne Stellenabbau. Die TSD werden alle anderen Einsparungspotenziale ausschöpfen.“

LHStv. Philip Wohlgemuth/SPÖ (Integrationsreferent)

Wohlgemuth stehen dabei die Bedürfnisse von Kindern im Vordergrund. So würden Familien mit schulpflichtigen Kindern in Absprache mit der Bildungsdirektion übersiedelt.

### Containerdorf gestoppt

Offen spricht der Landeshauptmannstellvertreter auch von (finanziellen) Fehlentscheidungen in der Vergangenheit, „die sich nicht

wiederholen dürfen“. 2023 wollte sein Vorgänger Georg Dornauer aufgrund fehlender Flüchtlingsquartiere in Tirol am Campus Technik der Universität Innsbruck ein Containerdorf für 200 geflüchtete Personen errichten. Die operative Umsetzung erfolgte über das später in Konkurs gegangene Unternehmen des Gemeindeverbands GemNova. Im Jänner 2023 stellte sich heraus, dass die ursprünglich dafür veranschlagten Kosten von 250.000 Euro nicht zu halten sind. Die Container waren aber schon bestellt, im Zusammenhang mit deutlichen Mehrkosten wegen Brandschutzaufgaben wurde das Projekt gestoppt.

„Nicht nur das Containerdorf wäre unwirtschaftlich geworden, darüber hinaus gab es großen Widerstand aus der Nachbarschaft“, sagt Wohlgemuth. Die Kosten für den Rückbau mussten schlussendlich die TSD tragen, in der Bilanz werden deswegen 217.000 Euro abgeschrieben. Für Planungsleistungen haben die TSD insgesamt 62.300 Euro ausgeben.

## Sint übt Kritik an Vergeudung

**Innsbruck** – Harsche Kritik an der Steuergeldverschwendung am Campus Technik übt Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint. „Die politische Entscheidung des damaligen SPÖ-Landeshauptmannstellvertreters Georg Dornauer hat die Tiroler Steuerzahler 280.000 Euro gekostet.“ Zuerst voreilig angekündigt, sei der Bau der Container-Wohnanlage dann doch gescheitert. „Zum Leidwesen und Schaden der Steuerzahler. Diese Steuergeldverschwendung ist endlich abzustellen“, betont der Oppositionspolitiker. Solche kostspieligen Fehlentscheidungen würden sich „wie ein roter Faden durch die TSD ziehen“. (pn)

### Politik in Kürze

## Das „Neue Innsbruck“ ist Geschichte

Ein Jahr nach der Schlappe bei der Innsbrucker Gemeinderatswahl hat sich das bürgerliche Bündnis „Neues Innsbruck“ aus ÖVP, Seniorenbund und Für Innsbruck aufgelöst. Ex-Staatssekretär Florian Tursky war Spitzenkandidat und führte das „Neue Innsbruck“ in die Kommunalwahl. Er kam aber nicht in die Bürgermeister-Stichwahl, Johannes Anzengruber wurde zum Bürgermeister gewählt.

Die Stadt-VP hat Tursky vor wenigen Wochen übergeben, er leitet jetzt in Deutschland das „Vodafone Institut



Gemeinsam in der Straßenbahn, das war einmal. Das „Neue Innsbruck“ von Florian Tursky und Christine Oppitz-Plörer hat sich aufgelöst. Foto: Rita Falk

Europe“ des gleichnamigen britischen Telekommunikationsunternehmens. Neuer geschäftsführender ÖVP-Obmann ist Wirtschaftslandesrat Mario Gerber. Am 10.

März hat sich nun der Verein „Das Neue Innsbruck“ laut Vereinsregister aufgelöst. Der ehemalige Wahlkampfmanager Matthias Weger wickelt die Auflösung ab.

Im Gemeinderat bildet das Neue Innsbruck noch einen Klub. Ihm gehören Stadtrat Markus Stoll (Für Innsbruck), Klubchef Franz Jirka (VP), Birgit Winkel (VP) und Christine Oppitz-Plörer (Für Innsbruck) an. Wie es dort weitergeht, ist offen. Die Zusammenarbeit der beiden Gruppen soll aber alles andere als harmonisch sein.

Gerber will jedenfalls die ÖVP in Innsbruck neu aufstellen. Der Stadtparteitag soll im Frühjahr stattfinden, er selbst hat einen guten Draht zu Anzengruber. (pn)





UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR TIROL

**Riesentorlauf bleibt Thema**  
Manuel Feller stemmt sich beim Finale gegen sieglose Saison. **Seite 25**

**50 Jahre den Ton angegeben**  
Der Söller Kapellmeister Oswald Mayr übergibt den Taktstock. **Seite 20**



Dienstag, 18. März 2025 80. Jahrgang | Nummer 76

Preis € 2,50

## Hilferuf aus Klinik verhallt

Landesrätin Hagele erteilt flexiblen Lohn-Anpassungen für OP-Personal eine Absage. An den Wartezeiten in Innsbruck gibt es harsche Kritik.

**Innsbruck** – Der Hilferuf, mit dem die Leitung der Innsbrucker Klinik an die Öffentlichkeit getreten ist, hat hohe Wellen geschlagen. Die OP-Wartezeiten in Tirols größter Krankenanstalt sind derzeit enorm lang. Mehr als 500 Patientinnen und Patienten erhielten vorerst gar keinen Termin für ihren Eingriff. Alois Obwegeser, ärztlicher Direktor des Spitals, machte, wie berichtet, den Pflege-mangel dafür verantwortlich. Und forderte als Gegenmaßnahme unter anderem flexible Lohn-Anpassungen für das OP-Personal.

Dem Vorschlag erteilte die zuständige Landesrätin Cornelia Hagele gestern eine Absage. „In Tirol steht die medizinische Grundversorgung auf einem hohen Niveau“, sagt sie. „Insbesondere in Akutfällen. Nichtsdestotrotz sehen wir die Herausforderungen im Bereich der so genannten elektiven Operatio-

nen, also der verschiebbaren Eingriffe.“ Ihr sei die Ernsthaftigkeit der Lage in diesem Bereich bewusst, es werde auch gehandelt – nur eben nicht mit kurzfristigen Gehaltsanpassungen.

Als „wesentliche Stellschraube“ bezeichnete Hagele die neu geschaffene Position der OP-Koordinatorin, welche unlängst die Arbeit aufgenommen hat. Diese Sorge dafür, „freie Kapazitäten tirolweit optimal zu nutzen“. Auch verwies Hagele auf die Ausbildungs-offensive in der Pflege.

Für die Opposition im Tiroler Landtag ist das zu wenig. „Wenn Patientinnen und Patienten über Wochen Schmerzen ertragen müssen, hat es fünf nach zwölf geschlagen“, sagte Petra Wohlfahrtstätter von den Grünen. Liste-Fritz-Obfrau Andrea Haselwanter-Schneider sprach von „unerträglichen Zuständen“. (bfk)

Mehr auf Seite 5



„Schneewittchen“ kommt an diesem Donnerstag in die Kinos.

Fotos: Gilles Keyte, APA/AFP/Marco Bertorello, BMK Söll

## Prinzessin im Kulturkampf

**Innsbruck** – Eigentlich sollte es kurz vor dem Kinostart vor allem um den Film gehen. Bei der Neuverfilmung des fast 90 Jahre alten Disney-Klassikers „Schneewittchen“ ist das anders, wenn er am Donnerstag

auch in den heimischen Kinos anläuft.

Denn Kontroversen um die politischen Ansichten der Hauptdarstellerinnen Rachel Zegler und Gal Gadot zum Gaza-Krieg, die moderne Ad-

aption des Märchens sowie Kritik an der Darstellung der sieben Zwerge sorgen nicht nur in den sozialen Medien für Wirbel. (TT)

Mehr auf den Seiten 2, 11

## Regierung ist knapp bei Kasse

Erste Klausur von ÖVP, SPÖ, NEOS: Fachleute warnen vor höherem Defizit.

**Wien** – Reichen die von ÖVP, SPÖ und NEOS in ihrem Regierungsprogramm vereinbarten Ziele zur Budgetsänierung aus? Fachleute wie Christoph Badelt und Gabriel Felbermayr warnen, dass angesichts der Wirtschaftslage größere Anstrengungen nötig sein könnten.

Vor diesem Hintergrund geht die vor zwei Wochen angelobte Koalition mit Bundeskanzler Christian Stocker (ÖVP) an der Spitze heute in ihre erste Arbeitsklausur. Im Mittelpunkt stehen die Themen Wirtschaft, Standort und Konjunktur.

Ob Nachbesserungen nötig sind, wollte Vizekanzler Andreas Babler (SPÖ) gestern im Gespräch mit der TT noch nicht sagen. Bei der Klausur heute berät sich die Regierung mit den Wirtschaftsforschern Felbermayr (Wirtschaftsforschungsinstitut, Wifo) und Gabriel Felbermayr (Institut für Höhere Studien, IHS).

Zum Koalitionsprogramm bekennt sich Babler. Abstriche hätten alle machen müssen, meint er. (TT)

Mehr auf Seite 9

## Rechnungshof ortet Mängel

**Innsbruck** – Der Bundesrechnungshof (RH) wünscht sich engmaschigere Kontrollen der Gemeindeverbände. Das geht aus einem Prüfbericht über die Aufsicht der Gemeindeverbände in Tirol hervor. In den Regionen schließen sich die Kommunen vielfach zu Verbänden zusammen, um Aufgaben wie den Betrieb eines Bezirksspitals gemeinsam zu bewerkstelligen. Auch die finanziellen Risiken bei den Verbänden sollten laut RH verringert werden. (pn)

Mehr auf Seite 4



## Ein Platz wird umgekrempelt

Für die Innsbrucker Dreierkoalition ist es ein Prestigeprojekt – und mit der Hoffnung auf viele positive Impulse für die Innenstadt verbunden: Bis Herbst wird der Bozner Platz um zirka 6,5 Mio. Euro neu gestaltet – gestern erfolgte der symbolische Spatenstich. Mehr auf den Seiten 2, 17 Foto: Böhm

## Vier Polizisten suspendiert

**Innsbruck** – Angebliche Verfehlungen im Innsbrucker Polizeigefängnis sind derzeit Gegenstand interner Ermittlungen. Im Fokus stehen vier Polizeibeamte, die am Freitag vorläufig vom Dienst freigestellt wurden. Sollten die weiteren Erhebungen die Vorwürfe bestätigen, droht den Beamten ein Disziplinarverfahren. Was den Polizisten vorgeworfen wird, ist derzeit noch unter Verschluss. Dem Vernehmen nach spielt aber Alkohol eine Rolle. (TT)

Mehr auf Seite 5

### Aufgeblättert

## Jeder Tag ein Feiertag

Von Matthias Reichle

Schon einmal den Hosenschlitz bei einem Bewerbungsgespräch offen gehabt oder stundenlang mit Petersilie zwischen den Zähnen herumgelaufen? Dann ist das Ihr Tag! In den USA feiert man am 18. März den so genannten „National Awkward Moments Day“ – den nationalen Tag der peinlichen oder unangenehmen Momente. Moment, wird jetzt so mancher sagen: Zelebriert die Trump-Regierung aktuell nicht täglich einen „Awkward Moments Day“? Inzwischen hat es gar den Anschein, als ob der inoffizielle Feiertag, der von einigen Spafsvögeln ins Leben gerufen wurde, sogar den 4. Juli ablösen könnte. Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten macht seinem Namen gerade alle Ehre. Denn wer hätte noch vor einem Jahr gedacht, dass Grönland annektiert, Kanada zum 51. Staat und der Golf von Mexiko zum Golf von Amerika gemacht werden soll. Eigentlich wünscht man sich da nur eines vom US-Präsidenten – ein peinliches Schweigen.



### WETTER

**Hochdruckeinfluss!** Nach einem sehr frostigen Morgen geht es tagsüber mit den Temperaturen allmählich wieder deutlich bergauf. **Seite 24**

-3°  
11°

Wir wünschen unserem besten Neni alles Liebe und Gute zu seinem Geburtstag! Viele Geburtstagsbussis aus Sellrain. Infos unter [wetterkind@tt.com](mailto:wetterkind@tt.com)

### WIRTSCHAFT

**Bildungskarenz.** Ab 1. April ist die Bildungskarenz grundsätzlich Geschichte. Doch es gibt Übergangsfristen. Darüber, was jetzt gilt, hat die TT mit Silvia Hofbauer von der Arbeiterkammer gesprochen. **Seite 16**

### INTERNATIONAL

**Die neue Welt.** Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine und der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten enden für die Europäer die alten Sicherheiten und Gewissheiten. Was ist jetzt zu tun? **Seite 3**

### SO FINDEN SIE

Notdienste, Wohin heute ..... Seite 29  
Todesanzeigen ..... Seite 31  
Österreichische Post AG, TZ 022031607 T  
Schlüsselverlag J.S. Moser, Brunecker Straße 3,  
6020 Innsbruck; Retouren an PF 100, 1350 Wien



9 015480 002582 1 2

### Tiroler Tageszeitung

### TT-Club

Ihre TT-Club-Vorteile finden Sie wöchentlich in der TT am Sonntag oder online unter

[club.tt.com](http://club.tt.com)





# Kritik an langen OP-Wartezeiten

Nach einem Hilferuf der Innsbrucker Klinik schäumt die Opposition im Landtag. Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele verweist auf laufende Initiativen.

Von Benedikt Mair

**Innsbruck** – Die Geduld vieler Patientinnen und Patienten der Klinik in Innsbruck wird derzeit auf eine harte Probe gestellt. Wie berichtet, sind die OP-Wartezeiten extrem lang, im Jänner dieses Jahres waren 20 Prozent der Operationssäle gesperrt. Mehr als 500 Männer und Frauen bekamen vorerst überhaupt keinen Termin für einen Eingriff – zu weit in der Zukunft liegt der ehestmögliche. Der ärztliche Direktor des Spitals, Alois Obwegeser, hatte den Pflege-Mangel für die Misere verantwortlich gemacht. Um das Problem in den Griff zu kriegen, stellte er unter anderem höhere Flexibilität bei der Budget-Gestaltung in den Raum. „Andere schrauben einfach das Gehalt etwas nach oben. Wir dürfen das nicht“, sagt er.

Der Forderung erteilte Tirols Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele am Montag aber eine Absage. Sie sei sich

zwar der „Ernsthaftigkeit der Lage bewusst“, halte aber wenig von einer punktuellen Erhöhung der Löhne. Eine wesentliche Stellschraube stelle die OP-Koordinatorin des Landes dar, die vor Kurzem ihre Arbeit aufgenommen hat. Diese fungiere „als zentrale kommunikative Drehscheibe, Operationen regionsübergreifend abzustimmen und freie



„In den vergangenen Jahren ist die Zahl der auszubildenden Pflegekräfte auf mehr als 2260 angewachsen.“

Cornelia Hagele (Gesundheitslandesrätin, ÖVP)

Kapazitäten tirolweit optimal zu nutzen“, erklärte die ÖVP-Politikerin.

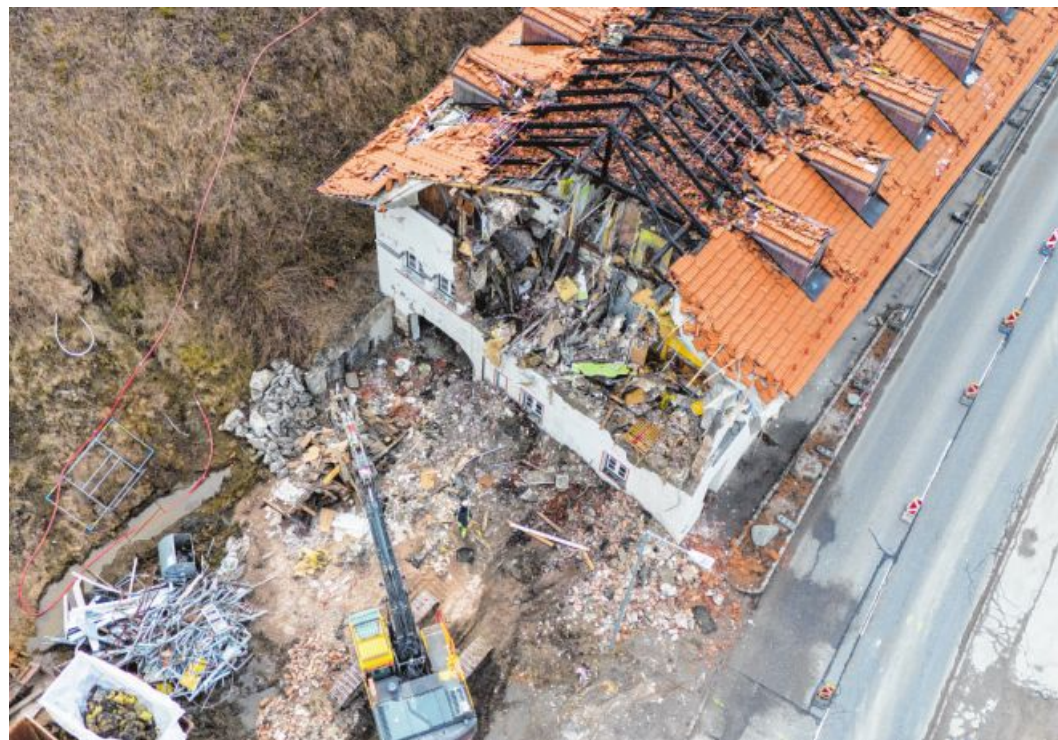
„Darüber hinaus treiben wir die Ausbildungsoffensive so intensiv voran wie nie zuvor“, sagte Hagele. „In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der auszubildenden Pflegekräfte in Tirol von rund 1400 auf mehr als 2260 angewachsen.“

Empört reagierte die Opposition im Tiroler Landtag. „Wenn Patientinnen und Patienten über Wochen Schmerzen ertragen müssen, hat es fünf nach zwölf geschlagen“, sagte etwa Grünen-Gesundheitssprecherin Petra Wohlfahrtstätter. Den regierenden Parteien warf die Landtagsabgeordnete ein „Totalversagen“ vor. Da die Klinik im Winter besonders durch verunfallte Skifahrer belastet sei, brachte sie „eine Art Versorgungsabgabe pro Nächtigung für die Gesundheitsleistungen“ ins Spiel. Es brauche aber ebenso „Akut-Lösungen“. Wohlfahrtstätter schlug vor, dass Patienten ohne Zusatzversicherung, die „unzumutbar lange“ auf einen OP-Termin warten, ohne Zusatzkosten auch in Privatkliniken behandelt werden.

Liste-Fritz-Parteiobfrau Andrea Haselwanter-Schneider sprach von „unerträglichen Zuständen. Während viele Patientinnen und Patienten leiden und OP-Säle aufgrund fehlenden ausgebildeten Pflegepersonals geschlossen bleiben, zeigen sich Hagele und die Geschäftsführung völlig unbeeindruckt“, meinte die Landtagsabgeordnete. Sie forderte einen „Krisengipfel“, ohne sich aber allzu viel davon zu versprechen. „Auch der x-te Hilfeschrei des Klinikpersonals wird ungehört verpuffen.“



20 Prozent der OP-Säle waren in Innsbruck im Jänner gesperrt. Mehr als 500 Patienten erhalten vorerst keinen Termin für einen Eingriff. Symbolfoto: iStock



## Entscheidung steht: „Rössl“-Abriss wird nicht eingestellt

Die Causa Weisses Rössl in Gries am Brenner ist um ein Kapitel reicher: Das Landesverwaltungsgericht hat die Entscheidung der Bezirkshauptmannschaft Innsbruck, den Antrag des Bundesdenkmalamtes auf Einstellung des Abbruchs des Rössls abzuweisen, bestätigt. Begründet wurde dies u. a. damit, dass die fehlende Bereitschaft des Eigentümers zur Sanierung des Gebäudes nach einem Brand sowie die fehlende Kostenübernahme der Instandsetzungsmaßnahmen durch das Denkmalamt dazu beigetragen hätten, dass sich die bauliche Situation des Gebäudes weiter verschlechtert hat. Foto: Liebl

## Milde für süchtigen Cannabiszüchter

Trotz Cannabis-Ernte von 50 Kilogramm blieb es für Kunstschaffenden bei teilbedingten 24 Monaten Haft.

Von Reinhard Fellner

**Innsbruck** – Einer der größten sichergestellten Cannabis-Funde in privatem Bereich führte im Dezember zur Verhaftung eines Tirolers (54). Aus seinem Haus im Stubaital hatte es derartig heftig nach Cannabis gerochen, dass ein Nachbar Anzeige erstattete. Eine Polizeihundestaffel brachte dann endgültige Gewissheit. Rund 50 Kilogramm Cannabiskraut mit einem Marktwert von einer halben Million Euro waren sichergestellt worden.

Gestern am Landesgericht drohten dem Kunstschaffenden dann nicht weniger als ein bis 15 Jahre Haft. Grund: Der allerhöchste Strafrahmen von „25 Grenzmengen“ war quasi

„Als Gärtner hatte er ein Riesenglück, als Angeklagter ein Riesenpech, dass solche Mengen gewachsen waren.“

Adolph Platzgummer (Strafverteidiger)

vierfach überschritten worden. Doch es kam im Prozess ganz anders.

Verteidiger Adolph Platzgummer skizzierte nämlich von seinem Mandanten ein Bild, das weit weg vom üblichen Drogenhändler war: „Der Angeklagte ist Mitglied der Kreativszene und verbraucht seit Jahren große Mengen. An einen Weiterverkauf der Ernte war nie gedacht!“ Dies bestätigte gegenüber dem Schöffensenat auch der

54-Jährige: „Ich habe im Jahr sicher zwei Kilogramm Cannabis verraucht. Ich wollte mir das einfach nicht mehr am Schwarzmarkt kaufen, sondern habe mir Samen besorgt.“ Und die wuchsen an einem Sonnenhang richtig gut: „Als Gärtner hatte er ein Riesenglück, als Angeklagter aber ein Riesenpech, dass gleich solche Mengen herangewachsen waren“, so Verteidiger Platzgummer, welcher auch die polizeiliche Berechnung des Suchtgiftgehalts in Zweifel zog. Auch der Senat kam dann statt 120 „nur noch“ auf 97 Grenzmengen und verhängte über den Unbescholtene gerade 24 Monate Haft, 18 davon bedingt. Der Richter: „Es handelt sich hierbei um eine symbolische Strafe!“

## Wirbel im Polizeigefängnis

Vier Beamte wurden vom Dienst freigestellt. Die Erhebungen sind noch im Gang.

Von Thomas Hörmann

**Innsbruck** – Alkohol und Partys während der Dienstzeit: Das sind angeblich die Vorwürfe, die jetzt zu massiven Disziplinarmaßnahmen bei der Polizei führten. Landespolizeidirektor Helmut Tomac will aktuell mit Hinweis auf die laufenden Erhebungen nicht auf die konkreten Ursachen eingehen. „Im Raum stehen schwere dienstrechtliche Verfehlungen“, bleibt Tomac vage. Er bestätigt aber, dass die Landespolizeidirektion am Freitag vier Beamte vom Dienst freigestellt hat: „Sie sind vorläufig suspendiert worden.“

Schauplatz der angeblichen Verfehlungen war das Polizeianhaltezentrum, das während des Umbaus der alten Polizeidirektion in der Kai-

serjägerstraße in der Landesjustizanstalt untergebracht ist. Das Polizeigefängnis war nicht nur der „Tatort“, sondern auch die Dienststelle für die Polizisten, die dort die Häftlinge zu beaufsichtigen hatten. Wie die Sache aufgefliegen ist, fällt derzeit unter das Amtsgeheimnis. Tomac verrät aber, dass den Suspendierungen keine langwierigen Ermittlungen vorausgegangen sind. Im Gegenteil, „das ging recht plötzlich“.

Tirols Polizeichef betont aber auch, dass die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen sind: „Nach Abschluss der Erhebungen wird Anzeige bei der Bundesdisziplinarbehörde (in Oberösterreich, Anm.) erstattet.“ Die Behörde entscheidet dann, ob die Suspendierungen aufrecht bleiben.



Hinter den Mauern des Polizeigefängnisses soll es zu schweren dienstrechtlichen Verfehlungen gekommen sein. Symbolfoto: Falk

Alkoholeskapaden in einer Dienststelle haben schon vor knapp 20 Jahren für Aufsehen gesorgt. 2007 geriet eine Zillertaler Polizeiinspektion ins Visier der Tiroler Polizeiführung. Mehrere Beamte, dar-

unter auch der Postenkommandant, wurden versetzt. Zwei Jahre vorher war es die Polizeiinspektion Kitzbühel, in der feuchtfröhliche Feste Auslöser für interne Ermittlungen waren.

## Unterländer köpft Ziegenbock

**Ebbs** – Tierquälerei, Drogen- und Waffenbesitz werden einem 31-jährigen Unterländer vorgeworfen. Der Mann hat am Samstag im Garten seiner Wohnung einem Ziegenbock den Kopf abgetrennt. Dann fuhr er im Auto davon – und nahm drei weitere Ziegen mit.

Ein Angehöriger verständigte die Polizei. Beamte entdeckten in der Wohnung des 31-Jährigen 1,8 Kilo Cannabis. Außerdem stellten sie dort mehrere Waffen sicher. Gegen den Unterländer bestand ein Waffenverbot. Nach dem Mann wurde österreichweit gefahndet.

Sonntagmittag klickten in Kärnten die Handschellen: Beamte nahmen den Flüchtigen in Liesing im Leisachtal fest. Am Nachmittag überga-

ben sie den 31-Jährigen an ihre Tiroler Kollegen. Weil sich der Mann in einem psychischen Ausnahmezustand befand, wurde er in das Krankenhaus Kufstein gebracht. Während er von einem Arzt behandelt wurde, konnte er flüchten. Er entkam durch ein nicht verschlossenes Fenster im Erdgeschoß.

Erneut wurde eine Fahndung ausgelöst. Gestern Vormittag endete die Flucht mit seiner Festnahme in Kufstein. Der 31-Jährige wurde in die Justizanstalt Innsbruck gebracht. Gegen den Mann wird nun wegen Tierquälerei und anderer Delikte ermittelt. Anzeigen an die Staatsanwaltschaft folgen. Den drei Ziegen geht es laut Polizei gut. Ein Bauer in Kärnten hat die Tiere aufgenommen. (TT)





Auch für E-Autos zahlt man bald die motorbezogene Steuer. Foto: AFP/de Rosa

## Internet, Wetten und Zigaretten werden teurer

**Wien** – Die wieder anziehende Inflation bekommen in den nächsten Tagen nahezu alle Internetnutzer bei ihren Monatsgebühren zu spüren, bei den Handytarifen gibt es für fast zwei von drei Kunden eine Teuerung. Grund ist die Anpassung der Tarife an die allgemeine Teuerung, konkret den Verbraucherpreisindex (VPI). Im Vorjahr lag das Plus bei 7,8 Prozent, heute werden es 2,9 Prozent Verteuerung sein, so die Online-Plattform [tarife.at](https://tarife.at).

Was nach nicht viel klingt, aber sich über die Jahre summiert, denn seit 2020 ist der Verbraucherpreisindex insgesamt um 27,1 Prozent gestiegen. „Ein Haushalt mit drei Personen, der drei Handyverträge und einen Internetzugang unterhält, zahlte im Jahr 2020 ursprünglich 20 Euro pro Handyvertrag und 35 Euro für den Internetzugang monatlich. Diese Kostensteigerung führt zu einer zusätzlichen

monatlichen Belastung von 25,75 Euro für diesen Haushalt“, rechnet [tarife.at](https://tarife.at) vor.

Auf die Verbraucher kommen aber auch andere Teuerungen zu. Mit 1. April beispielsweise wird die Tabaksteuer angehoben. Laut AK ist davon auszugehen, dass die Tabakindustrie die Zigarettenpreise um 10 Cent je Packung anheben wird. Auch die Umsatzsteuerbefreiung für PV-Anlagen fällt ab April weg, Zocken wird ebenfalls teurer, die Wettgebühren auf 5 Prozent angehoben.

Mit April wird auch auf Elektroautos eine motorbezogene Versicherungssteuer eingehoben. Bisher sind E-Autos davon befreit. Künftig soll sich das Steuerniveau an jenem von Pkw mit Verbrennungsmotor orientieren. Dabei sollen Motorleistung und – mangels CO<sub>2</sub>-Ausstoßes – Gewicht des Pkw berücksichtigt werden. (TT, APA)

# Behörden-Streit in Affäre um Camping-Schwarzbau

Wer muss das Teilverbot wegen Schwarzbauten am Natterer-See-Camping durchsetzen und prüfen? Land und Bürgermeister schieben sich den Ball zu.

Von Max Strozzi

**Natters** – In der Schwarzbau-Affäre rund um den Fünfsterne-Campingplatz Natterer See ist jetzt ein Streit entfacht, wer eigentlich für die Durchsetzung des Benützungsverbot auf einem Teil des Areals zuständig ist. Wie berichtet, hat die BH Innsbruck im Oktober 2024 die Nutzung von 21 Lodges und weiteren „Floating Homes“ untersagt, weil sie – seit vielen Jahren – auf Freiland stehen und auch an Urlauber vermietet wurden. Das Landesverwaltungsgericht hatte das Nutzungsverbot bestätigt.

### Behörden spielen Pingpong

Um die Frage, welche Behörde eigentlich das Teilverbot vor Ort am Campingplatz vollziehen und kontrollieren muss, spielen sich die BH Innsbruck und der Natterer Bürgermeister gegenseitig den Ball zu. Denn nach dem Teilverbot durch die BH im Oktober 2024 erließ die Gemeinde Natters Ende Jänner 2025 eine Ausnahme-Verordnung, wonach befristet für ein Jahr auf der betroffenen Fläche auf Freiland campiert werden darf.

Damit wollte man das Nutzungsverbot auf dem Areal umschiffen. Das Land Tirol bzw. die BH Innsbruck stehen auf dem Standpunkt, dass mit der Verordnung die Kompetenz zur Durchsetzung und Kontrolle des Benützungsverbot auf die Gemeinde Natters übergegangen ist. Weil die Benützungsuntersagung durch die BH Innsbruck erfolgte, obliege die Überprü-



Die Causa Natterer-See-Camping kommt in den Landtag. Foto: Rita Falk

fung bzw. Einhaltung grundsätzlich zwar der Bezirkshauptmannschaft, erklärte zunächst das Land. Doch mit der Erlassung der Verordnung durch die Gemeinde Natters gehe die Zuständigkeit in den Wirkungsbereich der Gemeinde über, betonte das Land. Daher sei die BH bis zum Ablauf der Verordnung in einem Jahr „nicht (mehr) für die Überprüfung und Durchsetzung der Einhaltung der Vorgaben des Tiroler Campinggesetzes für die betreffenden Objekte zuständig“. Die Gemeinde Natters habe zu klären, ob die Voraussetzungen für den Weiterbetrieb vorliegen.

Allerdings hatte das Gericht festgehalten, dass die Ausnahmeverordnung der Gemeinde in diesem Fall gar nicht greift. Gestern Abend ruderte das Land dann teilweise zurück. Die Verordnung der Gemeinde sei zwar „aktuell rechtsgültig und für die Vollzugsbehörden anzuwenden“. Aufgrund der Rechtsauffassung des Gerichts, wonach die Verordnung der Gemeinde nicht greift, werde seitens der Aufsichtsbehörde nun aber „eine weitere Prüfung veranlasst“ und eine Stellungnahme der Gemeinde Natters eingeholt.

Der Natterer Bürgermeister Marco Mösl erachtet sich jedenfalls als nicht zuständig.

„Behörde ist nicht die Gemeinde Natters“, sagt Mösl, „der Bescheid wurde aufgrund des Campinggesetzes von Seiten der BH ausgestellt und somit fällt eine Benützungsuntersagung nicht in meinen Aufgabenbereich. Das Urteil des Landesverwaltungsgerichtes ist mir nicht bekannt und wurde der Gemeinde bis heute nicht zugesendet“, so Mösl weiter: „Bis dato bin ich der Meinung, dass die Zelte und Lodges am Natterer See unter das Campinggesetz und nicht in den Wirkungsbereich der Gemeinde fallen.“

Laut dem Land ist die Benützungsuntersagung der BH Innsbruck bereits vollstreckbar. Der Betreiber des Campingplatzes Georg Giner – er ist auch Branchenobmann in der Wirtschaftskammer, ÖVP-Wirtschaftsbundfunktionär und Vizeobmann des TVB Innsbruck/Feriendörfer – hat angekündigt, das Benützungsverbot in außerordentlicher Revision vor dem Verwaltungsgerichtshof anzufechten.

### Causa beschäftigt Landtag

Die Causa beschäftigt nun auch den Landtag. Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint will in einer Landtagsanfrage von LH Anton Mattle, LR Josef Geisler und LR Mario Gerber (alle ÖVP) Hintergründe erfahren. Unter anderem geht es auch um die Frage, ob es sich bei den Lodges, die laut Gericht auf Holzplattformen stehen, die durch Pfähle fix im Boden verankert sind, um Mobile Homes handelt oder um Baugerüste, die eine Baubewilligung benötigen.



## Austro-Mix für „Olympia der Wirtschaft“

Österreich setzt bei der am 13. April im japanischen Osaka startenden Expo-Weltausstellung unter dem Credo „Composing the Future“ auf eine Mixtur aus Tradition und Innovation – und lässt sich den Auftritt bei den „Olympischen Spielen der Wirtschaft“ in seinem 800-Quadratmeter-Pavillon 21,5 Mio. Euro kosten. Drei Viertel kommen von der öffentlichen Hand, ein Viertel von der Wirtschaftskammer. Im „Innovation Lab Austria“ sollen 90 Leuchtturmprojekte präsentiert werden, so Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer (2. v. l.) mit Expo-Regierungskommissarin Ursula Plassnik, WKO-Vizepräsident Philipp Gady und zwei Wiener Sängerknaben.

Foto: BMAW/Holey

## Lieferando kündigt fast 1000 Fahrern den Vertrag

**Innsbruck, Wien** – Der Essenslieferdienst Lieferando will seine Boten in ganz Österreich vom Kollektivvertrag auf Werkverträge umstellen. Das hat der Konzern gestern bekannt gegeben. Begründet wird das mit der bisherigen Verzerrung des Wettbewerbs unter Lieferdiensten, da die übrigen Platzhirsche Foodora und Wolt schon jetzt ihre Fahrer nur als freie Dienstnehmer anstellen. Laut Betriebsrat sind bundesweit 966 Angestellte betroffen, Lieferando spricht von 600 dauerhaft und 250 befristet angestellten Fah-

ren. In Tirol sind es laut Betriebsrat Fabian Warzilek 64 Fahrer von Zirl bis Hall, vor allem in Innsbruck. Kuriere mit Werkvertrag bekämen dann weiterhin Jacke, Helm und Tasche in markantem Orange zur Verfügung gestellt, müssten allerdings mit ihrem eigenen Fahrrad oder E-Moped ihre Arbeit verrichten, teilte der Konzern mit. Den Kunden werden dagegen längere Öffnungszeiten und ausgeweitete Lieferzonen versprochen.

Warzilek teilte der TT mit, von der Ankündigung überrascht worden zu sein, „auch

wenn es Vorzeichen gegeben hat“. Er kritisiert die Untätigkeit der Politik in der Vergangenheit, stärker gegen so genannte Scheinselbstständigkeit vorzugehen. (mac)



Bisher hat Lieferando seine Fahrer als Einziger fix angestellt. Foto: Falk

### Börsen-Ticker

#### INDIZES

▼ Dow Jones	41635.9	Pkt.	-0.49%
▼ S&P 500	5610.83	Pkt.	-1.15%
▲ ATX	4332.85	Pkt.	+0.58%
▲ DAX Index	23311.5	Pkt.	+0.67%
▼ Nasdaq 100	19458.6	Pkt.	-1.82%
▲ Hang Seng Index	24740.6	Pkt.	+2.4%

#### WÄHRUNGEN

▲ EURUSD	1.09178	USD	+0.35%
▼ EURCAD	1.56111	CAD	-0.17%
▼ EURAUD	1.71094	AUD	-0.52%
▲ EURCHF	0.96219	CHF	+0.03%
▼ EURGBP	0.8409	GBP	-0.08%
▲ EURJPY	163.106	JPY	+0.88%

#### ROHSTOFFE

▼ HEIZÖL (Abnahme von 2.000 Litern am 18.03.2025)	111,24	EUR	-0.03%
▲ GOLD	3036.6	USD	+1.01%
▲ SILBER	34.650	USD	+1.00%
▲ KUPFER	4.9930	USD	+0.69%
▲ WTI	67.59	USD	+0.01%
▲ NATGAS	4.100	USD	+2.04%





Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele musste auf die Oppositions-Kritik nicht lange warten. Foto: Mitterwachauer

## Landtag operierte am offenen Polit-Herzen

Kaum ein gutes Haar lässt die Opposition an der Gesundheitspolitik von Landesrätin Cornelia Hagele. Die Fragestunde geriet für sie zur Verteidigungsstunde.

Von Manfred Mitterwachauer

**Innsbruck** – Monatelange Wartezeiten auf einen OP-Termin, gesperrte OP-Säle und ein akuter Mangel an Pflegepersonal: Der Hilfeschrei aus der Führungsetage der Tiroler Kliniken blieb gestern im Tiroler Landtag nicht ungehört. Wenngleich in der Interpretation desselben zwischen Opposition und schwarz-roter Regierung regelrecht Welten liegen.

Im Zentrum der Kritik von Liste Fritz, Grünen, FPÖ und NEOS stand dabei Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele. Gleich mehrfach musste sich die VP-Politikerin den Vorwurf gefallen lassen, in das viel zitierte Mantra ihres Vor-Vorgängers Bernhard

„Die PatientInnen finden die OP-Koordinatorin einfach nicht. Das gleicht einer Schnitzeljagd.“

Andrea Haselwanter-Schneider (Liste-Fritz-Parteichefin)

Tilg zu verfallen: Alles richtig gemacht? Der Landtag operierte quasi am offenen Herzen namens Gesundheitspolitik. Hagele, so der Vorwurf von Landtagsabgeordneter Andrea Haselwanter-Schneider (Liste Fritz), habe bereits den ersten Hilferuf aus den Tiroler Kliniken aus dem Jahre 2023 ignoriert und auch die eingesetzte OP-Koordinatorin sei für Patienten schlicht nicht greifbar. FP-Mandatar Patrick Haslwanter warf Ha-

„Auf die Strategie warten wir noch immer. Hagele verfolgt eher eine Strategie der Ankündigungen.“

Petra Wohlfahrtstätter (Gesundheitssprecherin Grüne)

„Ich stelle mich nicht hierhin und sage: Alles ist in Ordnung.“

Cornelia Hagele (Gesundheitslandesrätin, VP)

gele vor, den Gehaltswettbewerb unter den Kliniken beiseite zu wischen, LA Petra Wohlfahrtstätter (Grüne) bewertete Hageles bisherige Tätigkeit als „Strategie der Ankündigungen“.

Die Landesrätin sah sich ein ums andere Mal in die Verteidigungshaltung zurückgedrängt. Nicht alles sei in Ordnung, gesteht sie ein, jedoch sei Tirol bei bestimmten tagesklinischen OPs unter allen Bundesländern jenes mit den aktuell kürzesten Wartezeiten. Auch den Vorwurf der Untätigkeit wies sie zurück: Ärztebedarfsstudie, mehrere Pflege-Ausbildungsschienen, Hilfskräfte aus dem Ausland – all das greife, brauche aber auch Zeit, so die Landesrätin, die auch eine Botschaft an alle PatientInnen absendete: „Jedem Notfall wird eine OP garantiert.“ Eine Ansage, welche in den Oppositionsreihen als bloße Mindestanforderung an das Tiroler Gesundheitssystem quitiert wurde.

Dass auch infrastrukturell an den Kliniken und Bezirkskrankenhäusern nachgebessert werden müsse, bestreitet Hagele nicht. Eine Prioritätenliste werde erstellt. Ohne ausreichend Personal nütze aber auch das wenig. Und beim strittigen Gehaltsthema soll nun doch wieder verhandelt werden, hieß es gestern.

# Nachtfahrverbot erneut torpediert

Nach Italien und der Wirtschaftskammer Österreich will nun das Trentino dem Lkw-Nachtfahrverbot den Garaus machen. Im Tiroler Landtag ging das Fernpass-Paket durch.

Von Manfred Mitterwachauer

**Innsbruck** – Zumindest die erste Etappe schaffte der FPÖ-Antrag zum Transit gestern im Tiroler Landtag. Einmütig und somit auch mit den Regierungsparteien ÖVP und SPÖ erhielt er die Dringlichkeit. Und wird somit am heutigen zweiten Sitzungstag debattiert werden. FP-Chef Markus Abwerzger will damit auch Landeshauptmann Anton Mattle (VP) in die Pflicht nehmen. Schließlich waren es die schwarz dominierte Wirtschaftskammer Österreich und auch Tirols WK-Präsidentin Barbara Thaler, welche in den vergangenen Tagen die Fortführung des Lkw-Nachtfahrverbots doch in Frage gestellt haben. Während die WKO gar die Abschaffung forderte, kann sich Thaler zumindest eine temporäre Lockerung vorstellen. Wie berichtet, behängt ohnedies seitens Italiens eine Klage gegen die Tiroler Lkw-Fahrverbote beim Europäischen Gerichtshof. Abwerzger fordert deshalb – politisch gezielt – per Antrag einen erneuten Anti-Transit-Schulterschluss für alle schwerverkehrsreduzierenden Maßnahmen ein. Auch von der ÖVP.

Dass nun nahezu der gesamte Trentiner Landtag per Antrag für den nächsten Dreier-Landtag im Juni in Meran eine (temporäre) Aufhebung des Lkw-Nachtfahrverbotes einfordert, passt da wie die Faust aufs Auge der „Euregio“. Schon in den vergangenen Jahren war eine gemeinsame Verkehrspolitik zwischen Tirol, Südtirol und dem Trentino nur noch unter allerhöchster Mühe und nur noch mit Allgemein-Forderungen im Dreierlandtag durchzubringen. Der Trentiner Antrag könnte in dieser Causa zum totalen Bruch führen. Auch unter grenzüber-

schreitenden Parteifreunden. „Lediglich die Grünen sind in allen drei Landtagen konsequent für die Beibehaltung der Anti-Transitmaßnahmen“, zeigt Grünen-Klubobmann Gebi Mair auf.

### Emotionale Fernpass-Debatte

Doch auch innerhalb Tirols entzweite gestern die Verkehrsfrage die Landtagsfraktionen. Und zwar beim umstrittenen „Fernpass-Paket“. Dieses fand – wenig überraschend – eine Mehrheit. Dafür war die Debatte zuvor umso emotionaler. Mair rechnete LHStv. Josef Geisler vor, dass das Projekt am Ende 720 Millionen kosten werde, Abwerzger sprach gar von „Murks“. Der Applaus war beiden sicher. Geisler selbst versprach erneut eine massive Entlastung.

### Lueg-Bilanz:

**Asfinag:** Der Autobahnbetreiber Asfinag zog gestern Bilanz über die ersten Wochen der „Einspurigkeitsphasen“ entlang der Luegbrücke. Wie berichtet, ist diese Verengung der Brückenstatik geschuldet, der eigentliche Start für den Neubau geht Ende März über die Bühne. Im Jänner und Februar war an elf Tagen die Zweispurigkeit nach Süden und an 15 Tagen Richtung Norden freigeschaltet. Kleinere Adaptierungen seien vorgenommen worden. Ab Ostern werden die Zweispurigkeitsphasen häufiger, in den Sommermonaten soll es fast jeden Tag welche geben.



Vor und auf der Luegbrücke wird es eng. Die Einspurigkeitsphase als Regelbetrieb wird bis Ende 2027 dauern, Entlastungen inklusive. Foto: Falk

## „Am Beckenrand stehen und motzen“

**Innsbruck** – Auch der mit Jahresbeginn in Kraft getretene „Bäder-Topf“ des Landes stand gestern auf der Abschlussliste der Opposition im Landtag. So versuchten die Grünen in der Fragestunde den seit Dezember für Sportressortzuständigen LHStv. Philip Wohlgemuth (SP) ob des mangelnden Tempos in Sachen Bäder-Rettung in die Pflicht zu nehmen.

Wohlgemuth ging aber seinerseits in die Offensive und schrieb allen Kritikern des 75-Millionen-Euro-Pakets eines ins Stammbuch: „Nur am Beckenrand zu stehen und zu motzen, reicht nicht.“ Der Bäder-Topf sei erst gezählte 78 Tage in Kraft – es sei offensichtlich, dass in dieser Zeit nicht gleich

ganze Bäder neu gebaut werden könnten. Das von Schwarz-Rot aufgestellte Förderprogramm will sich Wohlgemuth nicht schlechtreden lassen. Vielmehr sei es in Österreich einzigartig. Zwei Millionen Euro seien bereits an Betriebszuschüssen ausbezahlt, ein Neubau- (Axams) und zwei Sanierungsprojekte (Ehrwald, Wenns) eingereicht worden. Und auch wenn in Axams noch ein Acht-Millionen-Euro-Loch klaffe, sei sich Wohlgemuth sicher, dass dieses Bad gebaut wird.

FP und NEOS hielten dagegen. Die Förderungen seien „zum Sterben zu viel, aber zum Überleben zu wenig“, das Sportstätten-Dilemma nicht nur eines der Tiroler Bäder. (mami)

## WWF drängt beim Bodenschutz auf Tempo



Grün versus Beton: Der WWF warnt vor zu viel Versiegelung. Foto: Falk

**Innsbruck, Wien** – Kommen Sonntag steht in St. Johann das Thema „Unterburg“ an der Wahlurne zur Abstimmung. Geht es doch im Rahmen einer Volksbefragung darum, ob eine 7,5 Hektar große Landwirtschaftsfläche zu einem Gewerbegebiet umgewidmet werden soll. Auch hier steht der Bodenschutz bzw. die fortschreitende Bodenversiegelung im Land auf dem Prüfstand.

Die Umweltschutzorganisation WWF schlägt nun Alarm. Im Zehn-Jahres-Schnitt liege der Bodenverbrauch in Österreich bei elf Hektar pro Tag. „2024 wurde eine Fläche neu verbaut und

versiegelt, die in etwa dem Traunsee entspricht. Österreich verschwendet also weiterhin wertvolle Böden und liegt damit weit über dem versprochenen 2,5-Hektar-Ziel“, erinnert WWF-Experte Simon Pories.

Das Regierungsprogramm von VP, SP und NEOS auf Bundesebene bleibe aber „vielfach konkrete Lösungen schuldig“, fordert der WWF und fordert deshalb mehr Tempo ein. Unter 28 untersuchten Punkten fänden sich lediglich sieben neue und positive Vorhaben, der Großteil schreibe nur Versprechungen fort. Vier Punkte (Bsp. Straßenbau) seien negativ. (mami)



# und woher sie kommen

**Meinert  
meint**



CLAUS MEINERT

## ÖVP-Störsender bei Handyverbot

Ein Handy-Verbot an Schulen sei nicht das richtige Mittel, da Verbote noch nie funktioniert hätten – mit dieser Aussage ließ ÖVP-Landesrätin Cornelia Hagele, zuständig mitunter für den Bereich Bildung, aufhorchen. Nun könnte man sagen, was Frau Hagele von sich gibt, wird den zuständigen Bildungsminister Wiederkehr eher wenig jucken. Abseits des politischen Blickes betrachtet, hat Hagele wohl zu kurz gedacht, aber langfristig hat die vielleicht auf Jungwähler abgezielte Aussage jedoch durchaus Konfliktpotenzial. Möglicherweise hat Hagele aber noch nie beobachtet, wie schon Kleinstkinder in Restaurants „ruhiggestellt“ werden, in dem man ihnen ein Handy oder einen Laptop „serviert“, auf dem irgendein Schwachsinn läuft. Und dabei das Kind nur ab und an den Mund öffnet, weil es von Mutter oder Vater „gefüttert“ wird. Oft haben diese Kinder Kopfhörer auf, was sie vom Rest der Welt total „abnabelt“, damit sie ganz in ihrem Element bleiben und vor allem eines nicht tun: stören.

Abgesehen davon, dass in vielen Schulen aufgrund immer unzumutbarer Zustände längst Handyverbote bestehen, fungiert Hagele mit ihrer Aussage wie ein Störsender, der unnötig wie ein Kropf ist. Recht hat sie hingegen, wenn sie betont, dass die Eltern gefordert sind, darauf achten müssen, dass der Handykonsum ihrer eigenen Kinder nicht ausartet, zur Sucht wird. Aber in einer immer mehr von „Egoismus first“ geprägten Gesellschaft ist und bleibt das wohl nur ein frommer Wunschtraum.



Foto: Christof Birbaumer

kulationen hat Mair Einsicht genommen: Hier orientiere man sich am Felbertauern und rechnet ab 2029 mit 60 Mio. € pro Jahr. 2058 sollen es bereits 108 Mio. € sein. „Durch den verspäteten Baubeginn entgehen Einnahmen, dadurch steigen die Kosten auf 720 Millionen.“ Die Gutschein-

Lösung für Einheimische schlage mit weiteren 260 Mio. Euro zu Buche.

### Das Transitforum fordert, die Notbremse zu ziehen

Das Transitforum Austria wandte sich an alle Mitglieder des Landtages mit dem Ersuchen um Aussetzen des Beschlusses. Grund ist

die Aussage, dass das Paket die Steuerzahler nicht betreffe. Jedoch bedeute eine Haftung des Landes für die GmbH letztlich genau dies, verdeutlichte Fritz Gurgiser. „Von dem Loch im Berg profitiert niemand außer die Bauwirtschaft“, sagte FPÖ-Chef Markus Abwerzger. Philipp Neuner

## Koordination der OP-Termine fehlt

Im September 2024 versprochen, aber an der Umsetzung hapert es gewaltig.

Ein Schmerzpatient, der zwei Jahre auf eine OP warten muss: Über diesen Extremfall berichtete die „Krone“ im Vorjahr. Die Konsequenz war die Ankündigung, eine standortübergreifende OP-Terminkoordination einzurichten. „An langen Wartezeiten hat sich

aber nichts geändert“, kritisierte Fritz-Parteichefin Andrea Haselwanter-Schneider, „an wen sollen sich die verunsicherten Patienten wenden? Die OP-Koordinatorin des Landes hat ja noch nicht einmal ein Telefon!“ Gesundheits-LR Cornelia Hagele (VP) be-

Wir haben versucht, die Koordinationsstelle zu erreichen. Gaben aber auf, als wir an den Portier verwiesen wurden.

Liste-Fritz-Parteichefin Andrea Haselwanter-Schneider



Foto: Christof Birbaumer

tonte, dass die Koordination „noch nicht auf dem Level läuft, wie wir uns das vorstellen“. Sobald die Sache aufgesetzt sei, werde sie entsprechend beworben.



# Ein Landtag voller Bekenntnisse

Der Landtag erneuerte gestern einstimmig den Tiroler Anti-Transit-Kurs. Nicht, ohne sich zuvor ordentlich ob der Bundes-Verkehrsziele in den Haaren zu liegen. Der Trentiner Antrag erzürnt.

Von Manfred Mitterwachauer

**Innsbruck** – Für kurze Zeit zählte der Tiroler Landtag gestern 37 statt 36 Mitglieder. Erste Reihe fußfrei und für kurze Zeit sogar am Rednerpult verweilend, hatte eine lächelnde, überdimensionale Karotte neben den MandatarInnen Platz genommen. Eine aus Plüsch. Mitgebracht hatte sie Grünen-Klubobmann Gebi Mair. In einem Anflug von Aktionismus. Der scheint im Landtag in Mode zu kommen. Zuletzt hob Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint eine Baustellen-Warnlampe im Plenarsaal kameragerecht in die Höhe.

Mit dem Spielzeug-Gemüse hält Mair der schwarz-roten Landesregierung vor, die TirolerInnen erneut beim Verkehr an der Nase herumzuführen. Denn in der gestrigen „Aktuellen Stunde“ wollte die SP über das Verkehrskapitel der neuen Bundesregierung und die darin enthaltenen Tiroler Erfolge debattiert wissen. Hernach rief FP-Chef Markus Abwerzger per Dringlichkeitsantrag zum neuerli-



Ein Lebensader, nunmehr Symbol des ungebremsten und ungelösten Transit-Dilemmas: die Europabrücke. Foto: Falk

chen Anti-Transit-Schulterchluss auf. Erneut hatte der Transit den Landtag wieder einmal in seinem Würgegriff.

Für Mair lenkten VP und SP mit Blick zum Bund lediglich von ihren Verkehrsversäumnissen in Tirol ab. Weder sei Slot (digitales Verkehrsmanagementsystem) umgesetzt noch sonstige Entlastungsmaßnahmen zu spüren. Dass nun Landeshauptmann Anton Mattle (VP) das Immissionsschutzgesetz-Luft zum „Immissionsschutzgesetz-Lärm“ ummodellieren wolle und NEOS-Chefin Birgit Obermüller in der pinken Bundesregierungsbeteiligung das Ende des Dieselpriivs bereits als gesetzt verkaufte – dem wollte die Opposition erwartungsgemäß keinen rechten Glauben schenken. Moniert wurde, dass das Bundes-Koalitionsprogramm mit zu vielen „Bekenntnissen“ und zu wenig Konkretem geschmückt worden sei.

## Mattle will „IG-Lärm“

Mattle blieb jedoch dabei. Das Verkehrskapitel der Dreierkoalition in Wien sei aus Tiroler Sicht ein vielversprechendes. Die Bundesregierung sei gefordert – man werde sie an den Zusagen zu Slot, aber auch im Kampf ge-

gen die Transit-Klage Italiens messen. Und ja, es sei an der Zeit, die bis dato größtenteils auf dem IG-Luft gesetzlich basierenden Lkw-Fahrverbote um eine Lärm-Komponente zu erweitern, so Mattle. Dass nun das Lkw-Nachfahrverbot auch seitens der Eure-

gio ausgehöhlt werden soll, schmetterte Mattle ab: „Lassen wir uns nicht von Zurfen aus dem Trentino auseinanderdividieren.“

Doch der Trentiner Antrag für den Dreierlandtag (Tirol, Südtirol, Trentino) im Juni erzürnte viele Abgeordnete in Tirol. Wie exklusiv berichtet, fordern die Trentiner das Aussetzen des Lkw-Nachfahrverbots bis zum Ende der Lueg-Baustelle (2030). Verkehrslandesrat René Zumtobel (SP) hielt das für fatal: „Wer das Nachfahrverbot angreift, kann auch den Luft-100er gleich schmeißen.“ Denn nahezu sämtliche Schwerverkehrsmaßnahmen in Tirol fußen auf dem IG-Luft. VP-Klubobmann Jakob Wolf ging nicht nur mit den Trentinern, sondern auch den Verbotskritikern in den VP-Reihen hart ins Gericht: „Das sind lobbyistische Forderungen, denen wir eine klare Absage erteilen.“ Den Antrag im Dreierlandtag werde man ablehnen – so oder so.

Letztlich ging die Landtagsitzung versöhnlich zu Ende: mit einem einstimmigen Beschluss des FP-Antrags und eines VP-Zusatzantrags. Die Inntiroler Anti-Transit-Allianz ist neu geschmiedet. Auch das ist ein Bekenntnis.

## Das gilt in der Transit-Debatte

**Lkw-Nachfahrverbot:** Aktuell hat Italien vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die Lkw-Fahrverbote (und Dosierung) in Tirol geklagt. Eine Entscheidung dürfte nicht vor Mitte 2026 erfolgen. Auch die Wirtschaftskammer Österreich fordert ein Aus des Nachfahrverbots, WK-Tirol-Präsidentin Barbara Thaler allenfalls eine Lockerung an den Randzeiten.

**IG-Luft:** Das Immissionsschutzgesetz-Luft bildet die rechtliche Grundlage vieler Anti-Transit-Maßnahmen. Zuletzt konnte Tirol die Luftschadstoffgrenzwerte fast durchgehend einhalten. Die Fahrverbote kommen deshalb unter Druck. Ab 2030 gelten aber EU-weit strengere Werte.

**Regierungsprogramm VP/SP/NEOS:** Die neue Bundesregierung hat sich vollinhaltlich zu den Tiroler Transitmaßnahmen bekannt und will selbige sogar ausbauen. Auch will man das digitale Verkehrsmanagement (Slot) umsetzen – Bayern, Tirol und Südtirol haben sich darauf bereits 2023 geeinigt.

**Dreierlandtag:** Im Juni findet eine gemeinsame Sitzung der drei Landtage (Tirol, Südtirol, Trentino) in Meran statt. Hierfür hat der Trentiner Landtag einen Antrag zur temporären Aufhebung des Lkw-Nachfahrverbotes eingebracht. Wird selbiger zur Sitzung zugelassen, kann er abgelehnt werden, wenn ein Landtag geschlossen dagegen stimmt.



Foto: Böhm

„Beim Transit gibt es keine faulen Kompromisse. Das IG-Luft soll auch für Lärm stehen.“

Anton Mattle  
(Landeshauptmann, VP)



Foto: ESP/Goeder

„Auch bei einem Diabetiker setzt man nicht das Insulin ab, nur weil es ihm plötzlich besser geht.“

René Zumtobel  
(Verkehrslandesrat, SP)



Foto: Falk

„Was erlauben sich die wild gewordenen Abgeordneten des Trentino? Da bin ich dann für einen Ausstieg aus dem Dreierlandtag.“

Markus Abwerzger  
(FP-Landesparteiobmann)



Foto: Falk

„Jetzt soll nicht der Tiroler, sondern der Bundes-Adler den Löwen in Bayern zähmen.“

Andrea Haselwanter-Schneider  
(Parteiofrau Liste Fritz)



Traf nicht den Gusto der schwarz-roten Koalition: Gebi Mairs Plüsch-Karotte, mit welcher er die Transit-Politik der Regierung anklagte. Foto: Mitterwachauer

## IG-Luft-Strafen fetten Budget auf, Fragen zu Wipptal-Geldern

**Innsbruck** – Der (Transit-)Verkehr belastet Tirol, das Land lukriert aber auch nicht unerheblich Geld daraus. Das geht aus zwei Anfragebeantwortungen der schwarz-roten Landesregierung an den Grünen-Klubobmann Gebi Mair hervor.

Satte 63,7 Millionen Euro fielen dem Landesbudget von 2014 bis 2024 etwa aus Einnahmen aus Verkehrsstrafen zu, die nach Verstößen gegen das Immissionsschutzgesetz-Luft (IG-L) verhängt wurden. Also etwa Überschreitungen des „Luft-Hunderterers“ auf der Autobahn für Pkw

oder Missachtungen der einzelnen Fahrverbote im Schwerverkehr. Zweckgebunden sind diese Mittel übrigens nicht – laut Anfragebeantwortung wandern diese 1:1 in den ordentlichen Haushalt.

Geld lukriert das Land aber auch von anderer Seite. Nämlich vom Autobahnbetreiber Asfinag. Hier fließen Mauteinnahmen der Brennerautobahn via Land ans Wipptal zurück. Das nennt sich „Lebensverbesserungsabgabe“. Waren es im Jahr 2020 noch 1,5 Millionen Euro (ein Prozent der Netto-Mauteinnahmen), so

erhöhte sich dieser Beitrag bis ins Jahr 2023 bereits auf 1,9 Millionen Euro. Wie viel Mautgelder 2024 flossen, kann laut Land noch nicht beziffert werden – man arbeite am Bericht. Fakt ist: Es wird mehr. Denn 2023 einigten sich Land, Bund und Asfinag – im Zuge der Luegbrücken-Debatte – auf eine Verdreifachung des Beitrags ab 2024. Über die Verwendung der Mittel herrschte bis 2023 keine Berichtspflicht (an die Ministerien) – ergo lägen auch keine Detailaufstellungen seitens der Gemeinden vor, heißt es. (mami)



## Landtags-Szenen einer roten Entfremdung

Ein Jagd-Foto zusammen mit dem – mittlerweile in U-Haft sitzenden – Ex-Immo-Tycoon René Benko war der Anfang vom Ende. Seit seinem Rücktritt als Landeshauptmann-Stellvertreter und auch Vorsitzender der Tiroler Sozialdemokratie Mitte Dezember 2024 fristet Georg Dornauer sein Polit-Dasein als einfacher Abgeordneter im Landtag. Dort fiel der Sellrainer bis dato noch nicht wirklich durch Redebeiträge auf. Auch das Verhältnis zum restlichen SP-Klub wirkt abgekühlt. Schier demonstrativ widmete sich Dornauer gestern Vormittag im Landtag lieber einer Zeitungslektüre als der Rede von SP-Mandatar Christian Kovacevic zum blauen Transit-Antrag.

Foto: Mitterwachauer





Die ÖHV ärgert sich über eine Gerichtsentscheidung, wonach Trinkgelder über 25 % des Bruttolohns versteuert werden müssen. Foto: Keystone

## Trinkgeld-Streit: „Finger weg“

Wien – „Finger weg vom Trinkgeld unserer Beschäftigten!“ So reagierte die Österreichische Hoteliervereinigung am Freitag in der Debatte um eine Gerichtsentscheidung, wonach Trinkgelder über 25 Prozent des Bruttolohnes nicht mehr als „ortsüblich“ und damit steuerfrei gelten. Trinkgelder seien als „Dankeschön für gutes Service gedacht und nicht zum Stopfen der Finanzlöcher der Sozialversicherungen“, sagt Walter Veit, Präsident der Österreichischen Hoteliervereinigung. Sozialversicherungsbeiträge sollten nur anfallen, wenn Lohnsteuer fällig werde. „Das Trinkgeld muss tabu sein“, so der ÖHV-Präsident.

Er argumentiert, dass die Ortsüblichkeit nichts mit dem Gehalt zu tun habe. Die Situation sei „absurd“: Die Sozialversicherungen kassieren Beiträge auf Trinkgelder über einem vermeintlich „ortsüblichen“ Niveau. Als Gradmesser für die Ortsüblichkeit nehmen die Kassen das Bruttogehalt her: Das Trinkgeld darf nicht mehr als ein Viertel darüber liegen. Doch das sei „grundfalsch“, meint Veit: „Üblich sind Trinkgelder in Österreich in der Höhe von etwa 10 Prozent der Konsumation. Da fragt niemand nach dem Gehalt.“ Wer gutes Service biete, sei bald bei einem Viertel des Einkommens. Das sei „ortsüblich und sonst nichts“. (TT)

# Kriminelle immer gefährlicher durch Künstliche Intelligenz

„Katalysator“ für kriminelle Aktivitäten: Europol warnt vor Nutzung von Künstlicher Intelligenz durch das organisierte Verbrechen.

Den Haag – Die europäische Polizeibehörde Europol warnt vor den Gefahren der Nutzung von Künstlicher Intelligenz durch das organisierte Verbrechen. „Schnelle technologische Fortschritte – insbesondere bei Künstlicher Intelligenz (KI) – verändern die Art, wie Verbrechen organisiert, ausgeführt und verborgen werden“, erklärt die internationale Polizeiorganisation in einem aktuellen Bericht.

„Diese Veränderungen machen das organisierte Verbrechen gefährlicher und stellen eine beispiellose Herausforderung für die Sicherheit in der EU und in ihren Mitgliedsstaaten dar.“ Verbrecher könnten Künstliche Intelligenz und andere neue Technologien in einer Vielzahl von Bereichen von Kinderpornografie über Geldwäsche bis hin zum Menschen- und Drogenschmuggel einsetzen, schreibt Europol in der Gefahrenanalyse. Es handle sich um einen wahren „Katalysator“ für kriminelle Aktivitäten.

So könnten Bilder von Kindesmissbrauch durch KI erschaffen werden. Betrüger



Betrüger können durch Künstliche Intelligenz in einer Vielzahl von Sprachen ihre Opfer attackieren. Foto: iStock

könnten durch generative KI in einer Vielzahl von Sprachen Opfer attackieren. Die Nutzung von Kryptowährungen wiederum erschwere es den Strafverfolgungsbehörden, Gewinne krimineller Banden aufzuspüren und zu beschlagnahmen.

Europol warnt auch, dass Fortschritte bei der Entwick-

lung moderner Technologien kriminelle Aktivitäten in den kommenden Jahren immer mehr begünstigen dürften. So könnten Quantencomputer Verbrechern helfen, heutige Verschlüsselungssysteme zu knacken. Die Polizeiorganisation zeichnet gar die Schreckensvision von Verbrecherbanden, die

gänzlich auf Künstlicher Intelligenz beruhen. „Das Aufkommen von vollkommen autonomer KI könnte den Weg ebnen für kriminelle Netzwerke, die vollständig durch KI kontrolliert werden“, heißt es in dem Europol-Bericht. Das wäre „eine neue Ära der organisierten Kriminalität“. (TT, APA, AFP)

**AB 25 JAHREN TT-ABO TREUE VORTEIL**

**Ein Danke für Ihre Treue!**  
Wir verlosen Übernachtungen an den schönsten Urlaubsplätzen in Österreich, Norditalien oder Südbayern.

## Kurzurlaub gewinnen!

Ihre Treue wird belohnt – mit etwas Glück dürfen Sie sich über einen Kurzurlaub in Österreich, Südtirol oder Südbayern freuen.

Die aktuellen Gewinner sind:

- 1 Johannes Juffinger aus Kufstein gewinnt zwei Übernachtungen im Alpin & Stylehotel Die Sonne.
- 2 Franz Pranger aus Gschnitz gewinnt zwei Übernachtungen im Alpin & Stylehotel Die Sonne.
- 3 Elisabeth Steinlechner aus Vomp übernachtet im Quellenhof Luxury Resort Passeier.
- 4 Herbert Fürweger aus Grinzens gewinnt zwei Übernachtungen im Alpin & Stylehotel Die Sonne.
- 5 Familie Walter aus Innsbruck gewinnt zwei Übernachtungen im Quellenhof Luxury Resort Passeier.

Und so ist der Ablauf: Alle zwei Wochen werden unter allen Abonnenten 5 Gewinner ermittelt, verständigt und in der Tiroler Tageszeitung veröffentlicht. Das Wichtigste dabei: Sie brauchen sich nicht bei der Tiroler Tageszeitung zu melden, wir kommen auf Sie zu! Und das wird sicher eine schöne Überraschung. Jeder Gewinner erhält per Post einen Gutschein für zwei Übernachtungen in einem Hotel der 4- oder 5-Sterne-Kategorie für zwei Personen und kann dann selbst die Übernachtungen zu einem Wunschzeitpunkt buchen. Allen Gewinnern jetzt schon eine tolle Zeit!



### Was wäre die TT ohne ihre Abonnenten?

Wir haben uns Gedanken gemacht, wie wir langjährige Abonnenten für ihre Loyalität belohnen könnten. Herausgekommen ist die Idee, jenen treuen TT-Lesern, welche be-

reits seit 25 Jahren und mehr ihre Nachrichten aus der TT beziehen, einen Urlaub zu schenken – und zwar in Österreich, Norditalien oder Südbayern. Der Gewinn um-

fasst jeweils zwei Übernachtungen für zwei Personen. Ein Danke an unsere Leser für ihre Treue!







Die österreichischen Gasspeicher müssten rasch wieder befüllt werden, fordert der Gasverband. Foto: APA/AFP/Joë Klamar

## Gas wurde teurer, Speicher sind halbleer

Österreichs Gasversorger fordern wegen sinkender Speicherstände und gestiegener Preise einen Gas-Plan. Auch russisches Gas dürfe kein Tabu sein, meinen sie.

**Wien** – Österreichs Gasspeicher sind derzeit noch zu 45 Prozent gefüllt. Die Speicherstände sinken aber rasch, warnt der Branchenverband der österreichischen Gas- und Wärmeversorger. „Es muss jetzt vorrangiges Ziel sein, die österreichischen Gasspeicher rasch wieder zu befüllen, und das zu möglichst günstigen Preisen“, sagt Michael Mock, Geschäftsführer des Fachverbands Gas Wärme (FGW). Mock spricht sich für eine Diversifizierung der Gas-Lieferanten aus und schließt auch den weiteren Import von russischem Gas nicht aus. Schließlich beziehe die EU und wohl auch Österreich nach wie vor russisches Gas, das jedoch über Umwege geliefert werde.

Österreich solle sich nicht neuerlich in die Abhängigkeit eines einzigen Lieferanten wie etwa der USA begeben, warnte der Fachverband. Am Beispiel Russlands habe man gesehen, wozu dies führen könne. Die USA seien mittlerweile der mit Abstand größte Flüssigerdgas-Lieferant für die EU und zeigten gerade mit dem Handelskrieg gegen Europa, dass sie ihre Marktmacht auch politisch einsetzen.

Bei der Befüllung der Gasspeicher zähle er „auf die Unterstützung der Politik“, so Mock. Denn Gas im Sommer zu kaufen und für den Winter einzuspeichern, sei auf Grund der derzeitigen Preissituation für Unternehmen wenig wirtschaftlich. Ein Grund für diesen Effekt seien starre Speicherfüllziele der EU. Darin sei festgelegt, wie hoch der Speicherfüllstand pro Land bis zu einem fixen Termin sein muss. „Handelsunternehmen befeuern Spekulationen an der Börse – das hat die Sommergaspreise steigen lassen“, so Mock. Europäisches Erdgas kostete gestern rund 44 Euro je Megawattstunde – etwa 60 Prozent mehr als vor einem Jahr.

Man müsse in Europa mehr Gas fördern sowie Gas aus unterschiedlichen Quellen beziehen, etwa aus Aserbaidschan und Kasachstan. Allerdings sind Exporte Aserbaidschans begrenzt und Gas aus Kasachstan könnte wohl nur via Russland fließen. Österreich selbst müsse etwa das Erneuerbares-Gas-Gesetz verabschieden und sich auf europäischer Ebene für eine bessere Regelung der Speichervorgaben einsetzen. (mas, APA)

# Maut-Millionen der Asfinag von Tourismusabgabe befreit

Jede Firma in Tirol muss Tourismusabgabe zahlen, die Asfinag aber ist für ihre Mauteinnahmen davon per Gesetz befreit. Liste Fritz fordert Änderung.

Von Max Strozi

**Innsbruck** – Der Verkehr in Tirol lässt auch bei der Asfinag jedes Jahr kräftig die Kassen klingeln. Rund 370 Millionen Euro streifte die staatliche Autobahn- und Schnellstraßengesellschaft im Vorjahr in Tirol an Mauteinnahmen ein. Dabei profitiert die Asfinag ganz massiv und unmittelbar auch vom touristischen Verkehr – sei es über die Autobahnvignette, sei es über die Brennermaut. Im Gegensatz zu allen anderen Unternehmen in Tirol muss die Asfinag auf ihre Tiroler Mauteinnahmen allerdings keine Tourismusabgabe zahlen. Mit der umstrittenen Tourismusabgabe werden im Wesentlichen die Tiroler Tourismusverbände finanziert. Insgesamt fließen so jedes Jahr rund 140 Millionen Euro in die TVB-Kassen.

### Ausnahme für Maut

Das Land Tirol begründet die Ausnahme für die Asfinag gegenüber der TT mit einer „Bundes-Finanzverfassungsrechtlichen Grundsatzbestimmung“. Demnach dürfen eingehobene Mauten, Benützungsgeldern oder Abgaben für die Benützung von Bundesstraßen nicht mit landesgesetzlich geregelten Abgaben belastet werden. Konkret ist dies mit einer Grundsatzbestimmung im Asfinag-Gesetz festgehalten. Daher können



Hunderte Millionen Euro nimmt die Asfinag jedes Jahr in Tirol an Maut ein – vieles auch von Touristen. Foto: TT/Böhm

in Tirol die Mauteinnahmen nicht für die Bemessungsgrundlage der Tourismus-Beitragspflicht der Asfinag herangezogen werden.

Im Gegensatz dazu unterliegen die Umsätze der Asfinag aus dem Geschäft mit ihren Raststätten sehr wohl der Beitragspflicht, schildert Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint mit Verweis auf eine Auskunft des Landes. Auf diese Umsätze ist also eine Tourismusabgabe zu zahlen. „Es ist vollends skurril und ungerecht, wenn wirkliche Tourismusprofiteure wie die Asfinag nur teil-

beitragspflichtig sind. Obwohl jedes Jahr Millionen Touristen die Autobahn in Tirol benötigen und dafür Maut hinblättern, werden diese Mauteinnahmen nicht besteuert“, kritisiert Sint. „Während man sonst von jedem Betrieb in Tirol die Tourismusabgabe einkassiert, wird bei der Asfinag nur der Beilagensalat besteuert, nicht aber die Hauptspeise.“ Die schwarz-rote Landesregierung müsse sich daher bei der neuen Bundesregierung für eine Änderung im Asfinag-Gesetz starkmachen, fordert Sint.

Die Tourismusabgabe sorgt immer wieder für heftige Debatten. Sie fällt für Unternehmen an, die vom Tourismus mittelbar oder unmittelbar profitieren. Diese Bestimmung wird dermaßen ausladend ausgelegt, dass jede Firma zahlen muss. Denn um als Unternehmen in Tirol vom Tourismus profitieren zu haben, genügt bereits das Argument, dass die allgemeine Wirtschaftslage durch den Tourismus gehoben werde. Damit werden auch Firmen zur Kasse gebeten, die mit dem Tourismus keinen Cent verdienen.

## Ab 2026 drohen Bahn-Störungen

**Wien** – Umleitungen, längere Fahrzeiten sowie Fahrplanänderungen: Das Streckensanierungsprogramm der Deutschen Bahn – Weichen, Gleise und Oberleitungen werden erneuert – hat ab 2026 auch weitreichende Auswirkungen auf die ÖBB. Betroffen sind Personen- und Güterverkehr, es kämen „zwei bis drei sportliche Jahre“ auf die Bahn und ihre Kunden zu, sagt ÖBB-Chef Andreas Matthä.

➤ **Sperren:** 2026 werden die Bahnstrecken Regensburg-Nürnberg (1. Halbjahr) und Passau-Obertraubling



ÖBB-Chef Andreas Matthä: „Zwei bis drei sportliche Jahre.“ Foto: TT/Böhm

(2. Halbjahr) gesperrt. Im ersten Halbjahr 2027 wird das Deutsche Eck gesperrt, im ersten Halbjahr 2028 die Verbindung Rosenheim-München.

➤ **Folgen für Österreich:** Beim Personenverkehr entfallen im zweiten Halbjahr 2026 die ICE-Linien Wien-Regensburg/Nürnberg, es fahren keine Züge über Passau nach Deutschland, ausgewichen wird über München.

Mit der Sperre des Deutschen Ecks 2027 werden Fernzüge von Wien nach München über Passau umgelenkt, was bis zu 45 Minuten mehr Fahrzeit bedeutet. Züge von Wien nach Bregenz/Zürich fahren dann über Bischofshofen und brauchen damit rund 90 Minuten länger.

➤ **Güterverkehr:** Im Güterverkehr werden 2026 pro Tag rund 80 Güterzüge über Salzburg umgeleitet. 2027 und 2028 wird der Güterverkehr von und nach Triest über die Pyhrnstrecke und die „alte“ Südstrecke umgeleitet. Zwischen Linz und Selzthal sowie St. Valentin und Steyr werden Züge ausfallen.

➤ **Verlagerung auf die Straße:** Mit den Sperren von deutschen Bahnkorridoren wird durch die um 20 Prozent geringere Kapazität auch der Güterverkehr vermehrt auf die Straße verlegt. (APA)

**Sie wollen Ihre Pelz-Kleidung verkaufen?**  
GANZTÄGIGE SCHÄTZWOCHE – KOSTENLOS  
Von Montag, 24. März bis Freitag, 28. März von 8:00 bis 17:00 Uhr  
Wie bieten Ihnen eine KOSTENLOSE – SERIÖSE Schätzung und Beratung an. Pelz ist nachhaltig – gemeinsam finden wir eine Lösung!

**JA ZU TIROL!**  
DIE INITIATIVE ZUR STÄRKUNG DER TIROLER WIRTSCHAFT

Gumpstraße 44 | 6020 Innsbruck  
0512 393284 | www.pelze-rauter.at  
Wir sind ihr Spezialist für LEDER und PELZ

**Rauter Pelz**  
INNSBRUCK

**Schlafmanufaktur**  
Natürlich. Individuell. Tirolerisch.  
Alles für den erholsamen Schlaf aus einer Hand.  
Maximilianstraße 1 | Innsbruck | www.schlafmanufaktur.at

**JA ZU TIROL!**  
DIE INITIATIVE ZUR STÄRKUNG DER TIROLER WIRTSCHAFT

**JETZT FRÜHJAHRSMESSE AKTION**



Das alte  
Tirol

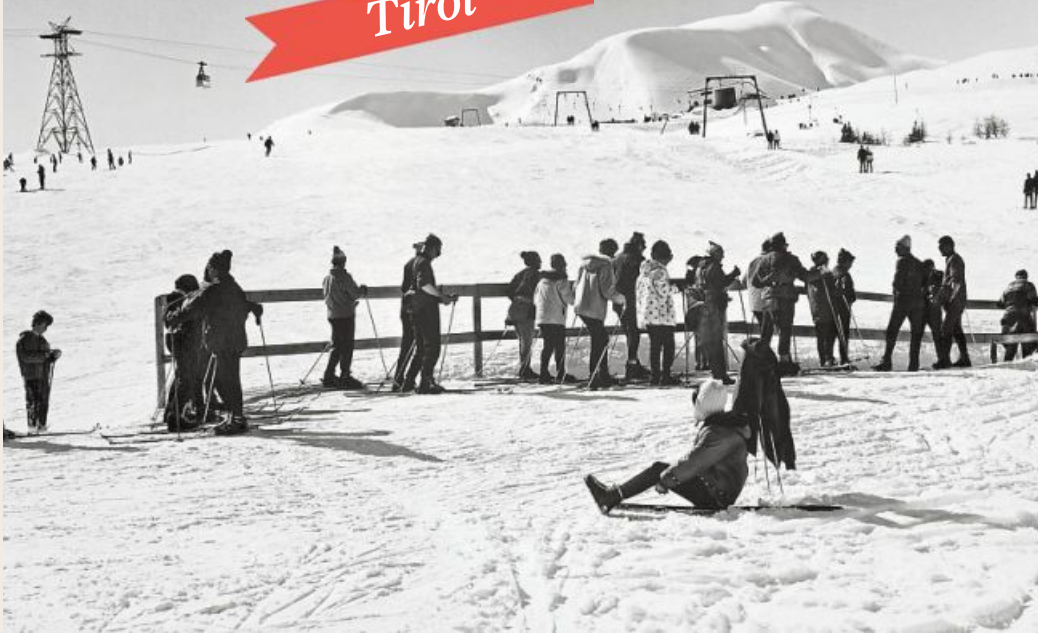


Foto: Privat

### EIN SKITAG ANNO DAZUMAL

Auch eine der erfolgreichsten Tiroler Wintersportregionen hat einmal klein angefangen. Das Foto entstand einst in Serfaus. Es zeigt Skifahrer, die sich bei herrlichem Winterwetter am alten Gampen-Schlepplift anstellten. Im Hintergrund ist zu erkennen, dass aber

auch schon eine Gondelbahn in Betrieb war. Wir freuen uns weiterhin über Zusendungen, gerne nun wieder frühlingshafte oder sommerliche Motive. Per E-Mail an [tiroler@kronenzeitung.at](mailto:tiroler@kronenzeitung.at); alternativ per Post an „Tiroler Krone“, Schusterbergweg 86, 6020 Innsbruck.

## ST. JOHANN UNTERBÜRG Forschungszentrum statt Gewerbegebiet

Soll auf den landwirtschaftlichen Flächen „Unterbürg“ ein Gewerbegebiet entstehen oder nicht? Die Einwohner von St. Johann haben am Sonntag die Möglichkeit, ihre Meinung dazu in Form einer Volksbefragung kundzutun. „Was in Südtirol das Versuchszentrum Laimburg und im Osten von Österreich das Forschungszentrum Raumberg ist, könnte für den Westen Unterbürg sein“, bringt LA Michael Jäger (ÖVP) einen neuen Ansatz ins Spiel. „Mit einer Bodenbonität von 56 wären die Flächen geradezu prädestiniert für Gemüsebau, Futterbau, Weinbau und Forschung auf eingeteilten Parzellen. Und der Hof Unterbürg könnte als Seminarraum und Forschungsstützpunkt genutzt und in die LLA Weitau implementiert werden.“ Für die Versorgungssicherheit Tirols müsse man bereit sein, neue Wege zu gehen, sagte LA Jäger.

# Bausperre für 78 Grundstücke

Im Eilverfahren verhängt Innsbrucks Koalition Bausperren über private Flächen, die größer sind als 2500 m<sup>2</sup>. Zweck der Aktion: Die Eigentümer sollen billig an die Stadt verkaufen.

**D**amit die betroffenen Eigentümer nicht noch schnell Grundteilungen durchführen und ihre Flächen so dem Zugriff der Stadt entziehen und einer Quasi-Enteignung zuvor kommen, zieht die Mitte-Links-Koalition von BM Johannes Anzengruber ihren Plan im Eilverfahren durch: Eine Stunde vor Beginn der regulären Gemeinderatssitzung am kommenden Donnerstag wurde eine Bauausschuss-Sitzung angesetzt, obwohl vor einer Woche bereits eine stattgefunden hat. Im Gemeinderat braucht der

Beschluss dann nur noch abgesegnet zu werden. Kommunisten, ALI und die Liste Fritz verstärken voraussichtlich die 22 Stimmen der Regierungskoalition.

Das Vorhaben hat eine lange und auch kontroverse Vorgeschichte, die 2018 für die erste Regierungskrise der damals noch jungen Regierung von BM Georg Willi sorgte. Nach monatelangen Diskussionen hatte sich der Gemeinderat mehrheitlich dagegen ausgesprochen. Der umstrittene Plan sieht vor, von den ins Auge gefassten Flächen einen Teil – in der

Regel bis zu 50 Prozent – als Vorbehaltsfläche für Sozialen Wohnbau auszuweisen. Gleichzeitig wird eine Bebauungsplan-Pflicht erlassen. Die betroffenen Grundeigentümer sind quasi gezwungen, ihre Grundstücke einer Verwertung zuzuführen, wobei sie nur über einen Teil frei verfügen können. Die als Vorbehaltsflächen ausgewiesenen Teile müssen an die Stadt bzw. an eine Gemeinnützige Wohnbaugesellschaft verkauft werden – zu weit günstigeren Konditionen, als sie auf dem freien Markt erzielbar wären. Mit

einer Bausperre sichert sich die Stadt ab, dass sich der Eigentümer nicht noch ein Schlupfloch sucht.

Die Stadt hat bereits 78 Grundstücke ausgewählt. Nach welchen Kriterien, ist unklar. Beispielsweise bleiben andere riesige Flächen im Stadtgebiet wie jene der Barmherzigen Schwestern im Nordosten der Stadt weiter unangetastet. Rechtlich sind die Vorbehaltsflächen im Raumordnungsgesetz gedeckt, „sofern der Grundbedarf an Wohnraum nicht anderweitig gedeckt werden kann“. Philipp Neuner



# Zentralbetriebsrätin will an die Spitze der AK Tirol

Swarovski, Arbeiterkammer, Innsbrucker Stadt-VP: Eine Gewerkschafterin will nach oben. Und was Mario Gerber damit zu tun hat.

Viele haben sich in den letzten Monaten gewundert, warum eine an sich eher unscheinbare Arbeitnehmervertreterin immer wieder mit teils brachialen Mitteln und heftigen Attacken auf die Eigentümerfamilie und das Management den Weg in die mediale Öffentlichkeit gesucht hat. **Selina Eder** hat spätestens mit ihrer Unterstützung von **LR Mario Gerber** als VP-Obmann in Innsbruck ihre Deckung fallen gelassen. Und dabei wurden die wahren Hintergründe ihrer Aktivität offensichtlich. So hört man es zumindest in den weiten und berühmten Wandelgängen des Landhauses. Die Signale sind eindeutig: Frau Eder macht sich bereit für höhere Weihen. Konkret soll sie **Erwin Zangerl** als AK-Präsident beerben wollen. Immerhin wird der – von seiner Partei nicht gerade heiß geliebte – AK-Präsident in drei Jahren 70 und sich wohl nicht mehr um das höchste Amt in der AK Tirol bewerben. Grund genug für mögliche Nachfolgerinnen und Nachfolger, sich in Stellung zu bringen und öffentlich wirksam aufzutreten.

## Nicht alle im Betriebsrat heißen Vorgehen gut

Mit ihrem Job bei Swarovski hat die freigestellte Betriebsrätin und AK-Kammerrätin ein starkes Werkzeug zur Verfügung. Dafür scheut die Angestelltenbetriebsrätin auch handfeste Auseinandersetzungen innerhalb ihres Betriebsrates nicht, der, so hört man, schon lange nicht mehr zu 100 Prozent hinter ihr stehen soll. Warum? Weil ihre Methoden als zu brutal und teils auch übertrieben gesehen werden. Dabei imitiert Eder ihr augenscheinliches Vorbild **Erwin Zangerl** (und vielleicht auch dessen nicht minder polternden Vorgänger **Fritz Dinkhauser**), der vor seinem Aufstieg zum AK-Präsidenten als Postgewerkschafter auch stets wortgewaltig und lautstark auftrat.



Foto: Christof Birbaumer



Foto: AK Tirol/Angelo Lair

Aber natürlich gibt es auch Kritiker dieser Strategie, die meinen, dass man seinen Job als Betriebsrat nicht dazu missbrauchen darf, sich selber Vorteile zu schaffen. „Ein Betriebsrat ist dazu da, Arbeitsplätze zu sichern und Arbeitnehmern zu helfen. Das eigene Unternehmen schlecht zu machen, hilft niemandem. Solche Diskussionen gehören nicht in der Öffentlichkeit ausgetragen. Das muss



Foto: Christof Birbaumer

im Gespräch gelöst werden“ ärgern sich langjährige Swarovski-Mitarbeiter.

## Die Stellvertreterin des Stadt-VP-Obmannes

Darüber sollte sich auch der künftige VP-Chef von Innsbruck, **Mario Gerber**, Gedanken machen. Ob er ein gutes Händchen bei seiner Personalwahl bewiesen hat, darf bezweifelt werden. Denn immerhin ist Gerber Wirtschafts-Landesrat – und da



MARKUS GASSLER

## Tiroler Politik Inoffiziell

Selina Eder (kleines Bild) ist Angestellten-Zentral-Betriebsrätin beim Tiroler Parade-Unternehmen Swarovski. Ihre öffentlichen Angriffe auf Eigentümerfamilie und Management könnten damit zusammenhängen, dass sie an die Spitze der AK will.

kann er die Anti-Swarovski-Aktionen seiner künftigen Stellvertreterin in der Innsbrucker Volkspartei nicht gutheißen. Aber vielleicht muss Gerber einfach auch nur froh sein, dass er überhaupt Personen findet, die bereit sind, in einer so darniederliegenden Partei wie der Innsbrucker VP mitzuarbeiten. Der Weg nach (ganz) oben ist bekanntlich sehr steinig und mit vielen Kompromissen gespickt...



# So geht es mit der ärztlichen Versorgung in Wörgl weiter

20. März 2025, 08:39 Uhr



Die Situation der mangelnden Hausärzte in Wörgl spitzt sich immer mehr zu.

Foto: Panthermedia

hochgelad

**Akuter Hausarztmangel in Wörgl: ÖGK will betroffenen Patienten mit kurzfristigen Lösungen helfen, langfristig soll ein Primärversorgungszentrum die Situation entschärfen.**

**WÖRGL.** Fast 15.000 Einwohner und drei Hausärzte – so sieht die derzeitige Situation der ärztlichen Versorgung in Wörgl aus. Der unerwartete Tod eines Allgemeinmediziners der Stadt hat nicht nur eine große Lücke bei seinen Angehörigen hinterlassen, sondern auch bei vielen Patientinnen und Patienten, die jetzt ohne Hausarzt dastehen. Zwar rückt im Sommer mit Dr. Marcus Schönberger ein neuer Allgemeinmediziner nach, trotzdem bleibt selbst dann eine von fünf Kassenstellen unbesetzt. Viele fragen sich, wie sie in Zukunft medizinisch behandelt werden sollen. Denn bekannterweise sind auch die übrigen Ordinationen an ihren Kapazitätsgrenzen – und das nicht nur in der Stadtgemeinde.

**Liste Fritz: Situation ist besorgniserregend**

## Toplinks

BEZAHLTE ANZEIGE  
VON HAN  
MIT HERZ



JETZT  
IN DER



## Liste Fritz: Situation ist besorgniserregend

"Die Situation in Wörgl ist mittlerweile mehr als besorgniserregend", bringt es Liste Fritz Landtagsabgeordnete Gabi Madersbacher, selbst Wörglerin, auf den Punkt. Besonders rosig sieht es diesbezüglich auch nicht aus, wenn man in die Zukunft blickt. Denn in den nächsten Jahren werden noch weitere Kassenärzte ihren wohlverdienten Ruhestand antreten. Madersbacher fordert daher eine schnellstmögliche Nachbesetzung der Kassenstelle.

"Tirol hat zu wenig Kassenärzte. Das zeigt das Beispiel Wörgl eindrucksvoll. Und die Lage wird sich auch aufgrund anstehender Pensionierungen weiter verschärfen",

weiß auch Liste Fritz Parteichefin und Gesundheitssprecherin Andrea Haselwanter-Schneider. Das Problem sei schon seit Jahren bekannt, und mittlerweile sei es selbst bei Wahlärzten problematisch, einen Termin zu bekommen, ergänzt die Parteichefin. Sie spricht sich dafür aus, das bisherige System grundlegend zu überdenken und zu hinterfragen und stellt dabei auch das derzeitige Honorarsystem in die Kritik. Nicht nur die ÖGK und die Ärztekammer seien jetzt mehr denn je gefordert, sondern auch Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele. "Die Liste Fritz fordert schon seit vielen Jahren, endlich vom Reden ins Tun zu kommen. Leider ist das bis zu den Verantwortlichen noch nicht durchgedrungen", so Haselwanter-Schneider.





"Tirol hat zu wenig Kassenärzte. Das zeigt das Beispiel Wörgl eindrucksvoll", betont Liste Fritz Parteichefin und Gesundheitssprecherin Andrea Haselwanter-Schneider. Foto: Liste

Fritz hochgeladen von [Christiane Nimpf](#)



## Das können betroffene Patienten jetzt tun

"Der Tod von Dr. Wimpissinger macht uns sehr betroffen. Als ÖGK versuchen wir in solchen Situationen rasch Maßnahmen zu setzen, um die Versorgung sicherzustellen", erklärt die Pressestelle der ÖGK dazu. Für Wörgl gibt es laut ÖGK jetzt auch eine kurzfristige Lösung: Ein neuer Hausarzt, der bereits den Zuschlag für eine Kassenstelle in der Stadt erhalten hat, kann seinen Ordinationsbetrieb früher aufnehmen als ursprünglich geplant.

"Zudem hat sich ein Arzt aus der Region gemeldet und seine Bereitschaft zur vorübergehenden Versorgung der Patientinnen und Patienten bekundet",

so die ÖGK weiter. Auch hier wird den Versicherten von der ÖGK bei Anfragen geholfen, indem sie auf die neuen Optionen hingewiesen werden. Viele der betroffenen Patienten stellen sich nun die Frage, an wen sie sich wenden können, wenn sie keinen Hausarzt mehr haben. Die ÖGK empfiehlt, dass sich die Versicherten direkt an die übrigen Hausärzte in der Region wenden oder sich an die ÖGK selbst wenden.

"Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können bei der Arztsuche meist unkompliziert weiterhelfen",

erklärt die ÖGK. Auch wenn die verbleibenden Kassenärzte in Wörgl an ihren Kapazitätsgrenzen arbeiten, will die ÖGK dabei helfen, eine rasche Lösung zu finden.





"Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können bei der Arztsuche meist unkompliziert weiterhelfen", erklärt die ÖGK für Betroffene, die jetzt keinen Hausarzt mehr haben. Foto: Weingartner-Foto / picturedesk.com hochgeladen von [Antonio Sečerović](#)

## So steht es um das Primärversorgungszentrum

Seit geraumer Zeit bemüht sich Wörgl auch um die Verwirklichung eines Primärversorgungszentrums. Die Bewerbungsfrist dazu endete mit 18. März 2025, nun beginnt die Sichtung der eingegangenen Bewerbungen. Die ÖGK erhofft sich dabei, durch dieses neue Versorgungsangebot den wachsenden Bedarf an medizinischer Betreuung in Wörgl und der Region langfristig zu decken.

"Über den Zeitpunkt der Inbetriebnahme des Primärversorgungszentrums können wir Auskunft geben, sobald das Betrieberteam feststeht",

erklärt die ÖGK.



# Agrarentscheid

Die Agrargemeinschaft Zams ist laut Behörde doch eine Gemeindegutagrargemeinschaft.

VON THOMAS SEELOS

ZAMS. Die Agrargemeinschaft in Zams ist nach einer erstinstanzlichen Entscheidung der Agrarbehörde des Landes doch eine Gemeindegutsagrargemeinschaft. Dies hat die Behörde auf Antrag der Gemeinde Zams festgestellt.

Bürgermeister Benedikt Lentsch sieht sich bestätigt: „Ich habe dem Gemeinderat im vergangenen Jahr empfohlen, diesen Fall objektiv und auf offiziellem Wege prüfen zu lassen. Dieser Schritt hat sich als wichtig und richtig herausgestellt.“ Jetzt stünde fest, dass die angebliche

Hauptteilung keine war und das Vermögen der Gemeinde gehört. „Ein Riesenerfolg für alle Gemeindebürger“, zeigt sich das Gemeindeoberhaupt zufrieden.

Eine „politische Watschn“ für die ÖVP ortet die Liste Fritz.



**Bürgermeister Benedikt Lentsch freut sich für Zams.**

Foto: Kolp

Sie hat eine Anfrage im Landtag gestellt, worin sie wörtlich wissen will, warum ÖVP-Landesrat Geisler bei der Agrargemeinschaft Zams gelogen habe. „Geisler hat erklärt, in Zams habe das Land Tirol mit rechtskräftigem Bescheid festgestellt, dass es sich nicht um Gemeindegut handelt. Einen solchen Bescheid gab es gar nie und jetzt hat das Land das Gegenteil entschieden“, heißt es in einer Aussendung von Klubobmann Markus Sint.

Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler: „Mich in dieser Angelegenheit der Lüge zu bezichtigen ist reine politische Selbstinszenierung und Populismus. Zum Zeitpunkt der Landtagsanfrage im Jahr 2019 war die Rechtmäßigkeit der Hauptteilung nie in Frage gestellt worden.“ Erst mit dem Antrag der Ge-



# für Zams



**Die Flächen der Agrargemeinschaft Zams gehören nach erstinstanzlichen Bescheid der Gemeinde.**

Foto: Seelos

meinde Zams sei das Ganze neu aufgerollt worden. Geisler meint weiter, dass es das gute Recht der Zammer war,

die Umstände zu überprüfen. „Genauso wie es jede andere Gemeinde auch machen kann!“



# IG Lärm- und Riesenkarotte prägen Verkehrsdiskussion

21. März 2025, 08:58 Uhr



Tiroler Adler, Landtagsabgeordneter Gebi Mair und Riesenkarotte. Aktionismus bei der Verkehrsdiskussion im Tiroler Landtag  
hochgeladen von [Georg Herrmann](#)

**Die Transit- und Verkehrsfrage war im Tiroler Landtag einmal mehr ein Schwerpunktthema. Landeshauptmann Mattle will das "IG Luft" zu einem "IG Lärm" weiterentwickeln. Der Antrag "Transit-Schulterschluss für die Gesundheit" wurde einstimmig angenommen. Und eine Riesenplüsch-Karotte diente der aktionistischen Einlage von Landtagsabgeordneten Gebi Mair.**

INNSBRUCK. In der „Aktuellen Stunde“ des Landtages stellte die SPÖ die Verkehrsproblematik in den Fokus. Die Bandbreite reichte von den Tiroler Erfolgen im Verkehrskapitel des neuen Regierungsprogramms bis zur Weiterentwicklung der "IG Luft" zur "IG Lärm". Während sich die technische Entwicklung des Schwerverkehrs bezüglich Luftverschmutzung weiterentwickelt, bleibt die Lärmbelastung für die Bevölkerung auf dem gleichbleibend hohen Niveau. "Die Belastung für die Bevölkerung werde durch die Abrollgeräusche – insbesondere in der Nacht – gleich bleiben. Bei einer Geschwindigkeit über 35 km/h seien die Abrollgeräusche lauter als der Motor", betont Landeshauptmann Anton Mattle.

Das "Immissionsschutzgesetz-Luft" (IG-L) ist rechtlich für zahlreiche Tiroler Maßnahmen zur Eindämmung des Transitverkehrs ausschlaggebend. Im vergangenen Jahr gab es über 46.000 Strafen, auch wegen Verstößen gegen das Lkw-Nacht- und Wochenendfahrverbot. Im Rahmen einer Anfragebeantwortung an Landtagsabgeordneten Mair wurde mitgeteilt, dass binnen zehn Jahren (2014–2024) in Summe rund 63,7 Millionen Euro an IG-Luft-Strafen eingenommen wurden.

Alle Running- und Trailrunningschuhe bis zu

**-40%**

## Toplinks

BEZAHLTE ANZEIGE  
**VON HAND,  
MIT HERZ.**

TR  
In  
St  
an  
G

AI  
AI  
Re  
au

**JETZT JO  
IN DER R**



Die Regierungskoalition im Bund stehe hinter den Tiroler Anti-Transit-Maßnahmen. Beim Lkw-Nachtfahrverbot werde es auch bleiben, bis eine große Transitlösung gefunden sei, ist LH Mattle überzeugt. Für Verkehrslandesrat René Zumtobel trägt das Verkehrskapitel des Bundes eine „Tiroler Handschrift“. Allein siebenmal werde darin „auf Tirol Bezug genommen.“ Auch die Aufrechterhaltung der Fahrverbote sei diesmal erstmalig niedergeschrieben worden.



Ein Dringlichkeitsantrag der FPÖ, in dem ein „Transit-Schulterschluss für die Gesundheit“ der Menschen gefordert wird, wurde im Landtag einstimmig angenommen. Foto: MeinBezirk Tirol hochgeladen von [MeinBezirk Tirol](#)

## Streit um Maßnahmen

Die Forderung des Trentiner Landtages, das Lkw-Nachtfahrverbot bis zum Ende der Luegbaustelle (2030) auszusetzen, sorgt im Landtag für Verstimmung. „Wir lassen uns nicht von Zurufen aus dem Trentino auseinanderdividieren“, erklärt LH Mattle. René Zumtobel: „Wer das Nachtfahrverbot angreift, kann auch den Luft-100er gleich schmeißen.“ Tirol und der Bund müssten weiter mit der gleichen Sprache sprechen, auch was das von Tirol, Südtirol und Bayern paktierte „Slot-System“ mit buchbaren Lkw-Fahrten über den Brenner betrifft. Einmal mehr mahnt der Landeshauptmann die rasche Realisierung der Zulaufstrecke zum Brenner-Basistunnel (BBT) in Deutschland ein. Kritik an der Landesregierung gab es von den Oppositionsparteien. FPÖ-Verkehrssprecherin Evelyn Achhorner betont, dass eine Harmonisierung des Bahnverkehrs nicht möglich sein werde – zumindest nicht kurz- und mittelfristig. „Papier ist geduldig. Das ist nichts als eine Ansammlung von Stehsätzen, Überschriften und Lippenbekenntnissen“, erklärt Liste-Fritz-Abgeordnete Andrea Haselwanter-Schneider. Aktionismus gibt es von LA Gebi Mair. Bei den „Lärm-Ansagen“ Mattles handle es sich um nichts anderes als die „größte Karotte Tirols“, die man der Bevölkerung vor die Nase halte, meint Gebi Mair und präsentiert im Landtagssaal eine Riesen-Plüsch-Karotte. Die NEOS-Abgeordnete Birgit Obermüller fordert die Abschaffung des Dieselprivilegs.



# Einstimmiger Beschluss

Einstimmig angenommen wurde ein Dringlichkeitsantrag der FPÖ, in dem ein „Transit-Schulterschluss für die Gesundheit“ der Menschen gefordert wird. Auch ein ÖVP-SPÖ-Zusatzantrag inklusive „Slot-System“ und Harmonisierung des Bahnverkehrs fand einhellige Zustimmung bei den 36 Abgeordneten.



Landeshauptmann Anton Mattle (rechts) und Landesrat René Zumtobel sind vom Verkehrspaket des Bundes für Tirol überzeugt. Foto: Land Tirol/Die Fotografen hochgeladen von

[René Rebeiz](#)



# Umfahrung als Thema

Liste Fritz bringt Sillianer Nordumfahrung per Antrag auf die Tagesordnung des Landtags.

SILLIAN. In der aktuellen Landtagssitzung die vom 19. bis 21. März 2025 stattfindet, bringt die Liste Fritz einen Antrag für eine Nordumfahrung für die Gemeinde Sillian ein. Die Zeit sei mehr als reif, befindet die Oppositionspartei.

„Genug ist genug. Seit Jahrzehnten werden die Bürgerinnen und Bürger von Sillian vertröstet, passiert ist bis heute wenig bis nichts. Das ist eine Zumutung für die Bevölkerung und es wundert mich nicht, dass vielen Anrainern der Geduldssaden reißt“, so Liste Fritz-Bezirkssprecher Anton Raggl. „Anderswo in

Tirol waren Umfahrungen erfolgreich, sie haben die Ortskerne vom Verkehr entlastet und neu belebt. In Sillian vertröstet die Landesregierung die Bevölkerung nur, untaugliche Versuche mit den Dosierampeln haben außer Rekordstaus nichts gebracht“, schildert Raggl, der sich gar nicht ausmalen will, welche Verkehrslawine auf Sillian zukommt, wenn der Ausbau der Straßeninfrastruktur im Südtiroler Pustertal endgültig abgeschlossen ist.

## Antrag im März-Landtag

Für Liste Fritz Klubobmann Markus Sint geht es um die Gesundheit und Sicherheit, er sieht Gefahr in Verzug. „In Südtirol wird das Tourismus-Angebot ständig ausgebaut, mehr Gästebetten und mehr Lifte bedeuten mehr Verkehr. Damit steigt aber die Belas-

tung der Bevölkerung auf Osttiroler Seite enorm und auch die Sicherheitslage wird dadurch verschärft. Es ist höchst an der Zeit, dass die Landesregierung jetzt handelt“, so Sint. Die Liste Fritz bringt deshalb im März-Landtag einen Antrag ein, der die Planung, Finanzierung und Umsetzung einer Nordumfahrung in Sillian einfordert. „Die Dosierampeln waren ein Versuch seitens des Landes und haben nicht den gewünschten Erfolg gebracht.

Jetzt ist die Zeit des Ausprobierens vorbei und die schwarz-rote Landesregierung aufgefordert, vom Probieren ins Planen und Umsetzen zu kommen. Dafür sind die finanziellen Mittel bereitzustellen. An den Kosten darf die Nordumfahrung nicht scheitern. Im Außerfern, im Zillertal und im Nordtiroler



**Markus Sint fordert die Regierung zum Handeln auf.**

Foto: Liste Fritz

Unterland werden Millionen Steuergeld für neue Straßen, Tunnel und Umfahrungen ausgegeben, dann darf die Mattle-Regierung in Osttirol aber auch der Umfahrung Sillian kein Preisschild als Abschreckung umhängen. Das ist nicht fair“, so Sint.



## ***Vereinsförderung braucht Planungssicherheit***

**V**ereine spielen eine bedeutende Rolle in unserer Gesellschaft. Sie bieten das Gefühl der Gemeinschaft und des Zusammenhalts, fördern Kultur und Identität, sind wohltätig und gemeinnützig, vermitteln Wissen und pflegen demokratische Werte. Vor allem deshalb verdienen unsere Vereine Anerkennung und Unterstützung, aber auch Ehrlichkeit. Denn die finanzielle Situation der Stadt ist angespannt. Statt kurzfristiger Zusagen braucht es daher endlich eine langfristige Strategie der Vereinsförderung und Pla-

nungssicherheit, die auch den Vereinen zugutekommt.

Was die Liste Fritz entschieden ablehnt, ist der Versuch, Vereine, in welcher Form auch immer, für politische Zwecke zu vereinnahmen. Abhängigkeit, Vertrauensverlust und die Gefährdung des sozialen Zusammenhalts sind nur einige der negativen Folgen. Zum Schluss gilt mein Dank allen ehrenamtlichen Vereinsmitarbeitern, Vorständen und den Vereinsmitgliedern, die alle gemeinsam unser Innsbruck lebenswerter und liebenswerter machen. **!**

**Liste  
Fritz.  
Tirol**

Ihr GR Tom Mayer



# Koordination der OP-Termine fehlt

Im September 2024 versprochen, aber an der Umsetzung hapert es gewaltig.

**E**in Schmerzpatient, der zwei Jahre auf eine OP warten muss: Über diesen Extremfall berichtete die „Krone“ im Vorjahr. Die Konsequenz war die Ankündigung, eine standortübergreifende OP-Terminkoordination einzurichten. „An langen Wartezeiten hat sich

aber nichts geändert“, kritisierte Fritz-Parteichefin Andrea Haselwanter-Schneider, „an wen sollen sich die verunsicherten Patienten wenden? Die OP-Koordinatorin des Landes hat ja noch nicht einmal ein Telefon!“ Gesundheits-LR Cornelia Hagele (VP) be-

---

”  
*Wir haben versucht, die Koordinationsstelle zu erreichen. Gaben aber auf, als wir an den Portier verwiesen wurden.*

Liste-Fritz-Parteichefin Andrea Haselwanter-Schneider



Foto: Christof Birbaumer

---

tonte, dass die Koordination „noch nicht auf dem Level läuft, wie wir uns das vorstellen“. Sobald die Sache aufgesetzt sei, werde sie entsprechend beworben.



# Bausperre für 78 Grundstücke

Im Eilverfahren verhängt Innsbrucks Koalition Bausperren über private Flächen, die größer sind als 2500 m<sup>2</sup>. Zweck der Aktion: Die Eigentümer sollen billig an die Stadt verkaufen.

**D**amit die betroffenen Eigentümer nicht noch schnell Grundteilungen durchführen und ihre Flächen so dem Zugriff der Stadt entziehen und einer Quasi-Enteignung zuvor kommen, zieht die Mitte-Links-Koalition von BM Johannes Anzengruber ihren Plan im Eilverfahren durch: Eine Stunde vor Beginn der regulären Gemeinderatssitzung am kommenden Donnerstag wurde eine Bauausschuss-Sitzung angesetzt, obwohl vor einer Woche bereits eine stattgefunden hat. Im Gemeinderat braucht der

Beschluss dann nur noch abgesehen zu werden. Kommunisten, ALI und die Liste Fritz verstärken voraussichtlich die 22 Stimmen der Regierungskoalition.

Das Vorhaben hat eine lange und auch kontroverse Vorgeschichte, die 2018 für die erste Regierungskrise der damals noch jungen Regierung von BM Georg Willi sorgte. Nach monatelangen Diskussionen hatte sich der Gemeinderat mehrheitlich dagegen ausgesprochen. Der umstrittene Plan sieht vor, von den ins Auge gefassten Flächen einen Teil – in der

Regel bis zu 50 Prozent – als Vorbehaltsfläche für Sozialen Wohnbau auszuweisen. Gleichzeitig wird eine Bebauungsplan-Pflicht erlassen. Die betroffenen Grundeigentümer sind quasi gezwungen, ihre Grundstücke einer Verwertung zuzuführen, wobei sie nur über einen Teil frei verfügen können. Die als Vorbehaltsflächen ausgewiesenen Teile müssen an die Stadt bzw. an eine Gemeinnützige Wohnbaugesellschaft verkauft werden – zu weit günstigeren Konditionen, als sie auf dem freien Markt erzielbar wären. Mit

einer Bausperre sichert sich die Stadt ab, dass sich der Eigentümer nicht noch ein Schlupfloch sucht.

Die Stadt hat bereits 78 Grundstücke ausgewählt. Nach welchen Kriterien, ist unklar. Beispielsweise bleiben andere riesige Flächen im Stadtgebiet wie jene der Barmherzigen Schwestern im Nordosten der Stadt weiter unangetastet. Rechtlich sind die Vorbehaltsflächen im Raumordnungsgesetz gedeckt, „sofern der Grundbedarf an Wohnraum nicht anderweitig gedeckt werden kann“.

Philipp Neuner

# Wörgl gründet Schwimmbad-Errichtungs GmbH

**Nach einer langen Diskussion beschloss der Wörgler Gemeinderat mehrheitlich die Gründung der WSE Wörgler Schwimmbad Errichtungs GmbH - kurz „WSE GmbH“. Angesiedelt innerhalb der städtischen Holding „Wergel AG“ soll die Gesellschaft die Planung und den Bau eines Freischwimmbades umsetzen.**

Die Geschäftsführung der WSE GmbH übernimmt Bgm. Michael Riedhart (Liste Wörgl Bewegen) unentgeltlich, ihm zur Seite steht ein beratendes Gremium aus Gemeinderäten verschiedener Fraktionen. In den Beirat wurden Thomas Embacher (Wörgl Bewegen), Dr. Andreas Widschwenter (ehem. Wir für Wörgl), Emil Dander, Gabi Madersbacher und Andreas Schmid (alle Liste Hedi Wechner), Catarina Becherstorfer (Wörgler Grüne), Novela Steinlechner (MFG) und Christopher Lentsch (Freiheitliche Wörgler Liste) berufen. Der Gemeinderat hat damit keine Entscheidungskraft, „das Gremium soll lediglich regelmäßig über die Fortschritte des Projekts und des Beirates informiert werden“, so im Antrag von Riedhart.

Geplant ist ein Freibad und ein ganzjährig nutzbarer Stadtpark, der während der Badesaison den Schwimmbadgästen und außerhalb der Saison der Allgemeinheit zur Verfügung stehen soll. Dazu soll im Zuge der Ausschreibung optional eine Saunalandschaft geplant werden. Entstehen soll das neue Familienschwimmbad auf dem 21.148 m<sup>2</sup> großen Grundstück in der Johann-Federer-Straße, welches sich die Stadt Wörgl im vergangenen Jahr für 99 Jahre auf Baurecht gesichert hat.

## **Mehrere Vorteile**

Die Errichtungsgesellschaft trenne finanzielle und haftungsrechtliche Risiken, dadurch werde die Gemeinde nicht direkt mit den Baukosten, Überschreitungen oder möglichen Haftungsfällen belastet. Dazu gebe es u. a. bessere Finanzierungsoptionen, eine effiziente Projektsteuerung und steuerliche Vorteile. „Der Sinn und Zweck dieser Gesellschaft ist für mich nachvollziehbar. Aber es braucht zuerst ein fix-fertiges Konzept. Wir müssen genau wissen, wie viel das kostet, wie viel wir uns leisten können und wie wir das finanzieren wollen“, kritisiert Christian Kovacevic (Liste Hedi Wechner) die Vorgangsweise. Der Stadtrat findet es unverständlich, warum jetzt eine Gesellschaft errichtet werde - dies sollte am Ende der Kette geschehen. „Es ist an der Zeit, dass wir alle Fakten auf den Tisch legen und dass alle Mandatäre wissen, was konkret geplant ist.“



Der Wörgler Gemeinderat beschloss die Gründung einer Schwimmbad Errichtungs GmbH.



## Liste Fritz stellt eine Landtagsanfrage

(dgh) Dass die AG Zams eine Gemeindegutsagrargemeinschaft ist, freut Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint: „Das ist rechtlich ein erfreulicher Meilenstein, weil mit dieser Entscheidung die Verfügungsgewalt über Grundstücke, Pachteinnahmen und ein großes Vermögen der Gemeinde und damit allen Bürgern von Zams und nicht nur ein paar Ausgewählten zusteht. Gratulation an die Bürger von Zams und den SPÖ-Bürgermeister.“ „Die Blockierer im ÖVP-Bauernbund und in der ÖVP-dominierten Landesregierung“ seien dafür verantwortlich, dass die Gemeinde Zams erst heute bekommt, was ihr gehört, 59 Jahre nachdem das Land Tirol „dieses Unrecht orchestriert und der Gemeinde Grundstücke und Vermögen weggenommen hat“, erklärt Sint. Jetzt stehe LH Anton Mattle in der Pflicht, alle anderen rund 150 Gemeinden, in denen das Land

Tirol seinerzeit ähnlich vorgegangen ist, Stichwort Hauptteilung, von Amts wegen überprüfen zu lassen. „Den Gemeinden und Gemeindebürgern ist endlich zurückzugeben, was ihnen gehört“, nimmt Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint die ÖVP-SPÖ-Landesregierung in die Pflicht.

**ANFRAGE.** Die Liste Fritz stellt jedenfalls eine Landtagsanfrage, die LH-Stv. Josef Geisler betrifft: Er habe 2019 erklärt, in Zams habe das Land Tirol mit rechtskräftigem Bescheid festgestellt, dass es sich nicht um Gemeindegut handle. Sint: „Doppelt falsch. Erstens gab es einen solchen Bescheid gar nie ... Zweitens hat das Land jetzt das Gegenteil entschieden. Die Liste Fritz bringt eine neue Landtagsanfrage ein und ÖVP-Landesrat Geisler muss sich erklären“, will Markus Sint nicht zur Tagesordnung übergehen.

# In Gemeindehand

Thema Agrar: In Zams soll das Gemeindegut mangels korrekter Hauptteilung weiterhin bestehen

(dgh) Das Kapitel Agrargemeinschaften ist in Tirol noch nicht zu Ende geschrieben, wie am Beispiel Zams zu sehen ist: Die ehemals angeblich hauptgeteilte Agrar wird vom Land nun als Gemeindeguts-agrargemeinschaft eingestuft.

DI Leonhard Steiger hat auf [www.agrapapers.tirol](http://www.agrapapers.tirol) detailliert und anschaulich aufgelistet, welches Gemeindegut nach seiner Analyse verfassungswidrig im Eigentum einer Agrargemeinschaft ist und welches mit gesetzwidrigen Regulierungen zustande gekommen ist – gerade im Bezirk Landeck findet sich viel Grund in diesen beiden Kategorien. Auch Zams. Dort war man bis vor etwa einem Jahr zwar der Meinung, dass keine Gemeindegutsagrargemeinschaft vorliegt, weil es in den 1960er-Jahren zu einer Hauptteilung kam – anders gesagt: Der Grund wurde zwischen Gemeinde und Agrargemeinschaft aufgeteilt. Das sieht mittlerweile aber auch das Land Tirol anders: „Das Amt der Tiroler Landesregierung hat mit einer aktuell vorliegenden erstinstanzlichen Entscheidung festgestellt, dass die in den 60er-Jahren vorgenommene Verschiebung eines riesigen Grund-

vermögens von der Gemeinde Zams an die Agrargemeinschaft Zams nicht im Zuge einer korrekten Hauptteilung erfolgte und daher das Gemeindegut nach wie vor besteht“, erklärt der Anwalt der Gemeinde, Mag. Gerhard Mader. Das 1952 als Regulierungsverfahren begonnene und 1966 mit einem Hauptteilungsbescheid abgeschlossene Verfahren sei gar kein Hauptteilungsverfahren, da damals keine Bewertung der Vermögenswerte, Rechte und Belastungen durchgeführt worden sei und somit auch nie eine Vermögensauseinandersetzung stattgefunden habe, was das Gesetz aber schon damals gefordert hat. „Damit konnten die Grundflächen auch nie ihre Eigenschaft als Gemeindegut verlieren, daran ändert sich auch durch die Überschrift am Bescheid 1966 nichts“, so RA Mader.

**PRÜFUNG IM VERGANGENEN JAHR BEAUFTRAGT.** Nach Be-



Der Zimmer Gemeinderat hat Bgm. Benedikt Lentsch zugestimmt, überprüfen zu lassen, ob der vor sechs Jahrzehnten an die Agrargemeinschaft übertragene Grund nicht doch noch Gemeindegut ist.

RS-Foto: Hauels

kanntwerden der Einschätzung Leonhard Steigers hat Bgm. Benedikt Lentsch den Gemeinderat mit dieser Thematik befasst und darauf hingewiesen, dass die Gemeinde und somit jeder Gemeinderat die Pflicht habe, Gemeindegut sorgsam zu verwalten. Dazu gehöre auch prüfen zu lassen, ob das vor knapp 60 Jahren an die AG Zams übertragene Grundvermögen trotzdem immer noch der Gemeinde gehört. Der Gemeinderat hat nach intensiver Beratung mit RA Mader dieser Vorgangsweise einhellig zugestimmt, und die Agrarbehörde habe jetzt die jahrzehntelange Argumentation der Agrargemeinschaft abgelehnt. „Als Bürgermeister bin ich dem Wohl der Gemeinde und damit allen Zammerinnen und Zammern verpflichtet ... Ein großer Etappensieg für unser Zams und ein Riesenerfolg für alle Gemeindebürger“, sagt der Dorfchef. Die Entscheidung hat zur Folge (wenn sie rechtskräftig wird – Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht innerhalb von vier Wochen möglich), dass der Gemeinderat einen Substanzerwalter zu bestellen hat, der in Hinkunft an Stelle der Agrargemeinschaft für alle Grundstücksverfügungen zuständig ist.

**MERKLICHE EINNAHMEN.** Auch die Rücklagen der Agrargemeinschaft seien als Substanzvermögen der Gemeinde zu behandeln, weil diese nur durch Nutzung des gesetzwidrig übertragenen Substanzvermö-



Bgm. Benedikt Lentsch: „Ein großer Etappensieg für unser Zams und ein Riesenerfolg für alle Gemeindebürger“.

RS-Foto: Archiv

gens gebildet werden konnten. Arm ist die AG Zams nicht, LA Markus Sint (Liste Fritz) nennt sie gar „die sehr vermögende Agrargemeinschaft Zams“. Vom ORF Tirol im vergangenen Jahr genannte Zahlen waren nicht zu verifizieren oder zu widerlegen: Kolportierte 2,5 Millionen Euro an Rücklagen habe die Agrargemeinschaft Zams, Einnahmen aus Pacht und Schotter würden demnach jährlich etwa 450.000 Euro betragen. Der Obmann der Agrargemeinschaft Zams war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. „In Zams ist jahrzehntelang sehr viel Geld in die falschen Kassen geflossen. Es wurden der Gemeinde viele Millionen vorenthalten! Das haben mehrere Personen gewusst ...“, fasst Leonhard Steiger zusammen.

PITZTAL

HOCHZEIGER  
ROCKT

29. MÄRZ 2025





# „Am Beckenrand stehen und motzen“

**Innsbruck** – Auch der mit Jahresbeginn in Kraft getretene „Bäder-Topf“ des Landes stand gestern auf der Abschlusliste der Opposition im Landtag. So versuchten die Grünen in der Fragestunde den seit Dezember für Sport resortzuständigen LHStv. Philip Wohlgemuth (SP) ob des mangelnden Tempos in Sachen Bäder-Rettung in die Pflicht zu nehmen.

Wohlgemuth ging aber seinerseits in die Offensive und schrieb allen Kritikern des 75-Millionen-Euro-Pakets eines ins Stammbuch: „Nur am Beckenrand zu stehen und zu motzen, reicht nicht.“ Der Bäder-Topf sei erst gezähle 78 Tage in Kraft – es sei offensichtlich, dass in dieser Zeit nicht gleich

ganze Bäder neu gebaut werden könnten. Das von Schwarz-Rot aufgestellte Förderprogramm will sich Wohlgemuth nicht schlehtreden lassen. Vielmehr sei es in Österreich einzigartig. Zwei Millionen Euro seien bereits an Betriebszuschüssen ausbezahlt, ein Neubau- (Axams) und zwei Sanierungsprojekte (Ehrwald, Wenns) eingereicht worden. Und auch wenn in Axams noch ein Acht-Millionen-Euro-Loch klatte, sei sich Wohlgemuth sicher, dass dieses Bad gebaut wird.

FP und NEOS hielten dagegen. Die Förderungen seien „zum Sterben zu viel, aber zum Überleben zu wenig“, das Sportstätten-Dilemma nicht nur eines der Tiroler Bäder. (*mami*)

Die Landesrätin sah sich ein ums andere Mal in die Verteidigungshaltung zurückgedrängt. Nicht alles sei in Ordnung, gesteht sie ein, jedoch sei Tirol bei bestimmten tasklinischen OPs unter allen Bundesländern jenes mit den aktuell kürzesten Wartezeiten. Auch den Vorwurf der Untätigkeit wies sie zurück: Ärztebedarfsstudie, mehrere Pflege-Ausbildungsschienen, Hilfskräfte aus dem Ausland – all das greife, brauche aber auch Zeit, so die Landesrätin, die auch eine Botschaft an alle PatientInnen absendete: „Jedem Notfall wird eine OP garantiert.“ Eine Ansage, welche in den Oppositionsreihen als bloße Mindestanforderung an das Tiroler Gesundheitssystem quittiert wurde.

Dass auch infrastrukturell an den Kliniken und Bezirkskrankenhäusern nachgebessert werden müsse, bestreitet Hagele nicht. Eine Prioritätenliste werde erstellt. Ohne ausreichend Personal nütze aber auch das wenig. Und beim strittigen Gehaltsthema soll nun doch wieder verhandelt werden, hieß es gestern.

# Flüchtlingsgesellschaft trennt sich von teuren Unterkünften

Quartier in Hall wird geschlossen, 217.000 Euro mussten für Container-Flop abgeschrieben werden. Wohlgenuth: „Fehler nicht mehr wiederholen.“

Von Peter Nindler

**Innsbruck** – Die Flüchtlingsgesellschaft Tiroler Soziale Dienste (TSD) muss sparen. Derzeit werden von ihr 3120 Personen betreut, darunter 2006 AsylwerberInnen und 1114 Vertriebene aus der Ukraine. Die sinkenden Asylwerberzahlen schlagen sich allerdings im Budget der TSD nieder, die Tagsätze aus der Grundversorgung sind schließlich zentraler Finanzierungsbestandteil. 2023 betragen sie insgesamt noch 39,6 Millionen Euro.

Im Dezember hat Landeshauptmannstellvertreter Philip Wohlgenuth (SPÖ) die Integrationsagenden von Georg Dornauer übernommen, er muss in den TSD jetzt einen Konsolidierungskurs einschlagen. Der soll ohne Stellenabbau gelingen. 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den TSD beschäftigt. „Es wäre einfach, den aktuellen Budgetherausforderungen mit einem Stellenabbau zu begegnen. Meine klare Vorgabe lautet hingegen, alle anderen Einsparungspotenziale auszuschöpfen – beginnend mit den Sachaufwänden und Unterkünften.“

## Minus von 400.000 € in Hall

Bereits am 1. April erfolgt die Schließung der Unterkunft für Vertriebene aus der Ukraine. 185 Plätze gibt es, monatlich fielen Kosten von 75.000 Euro an. „Neben der Miete lag das vor allem an den vergleichsweise hohen Betriebskosten, die pauschal vom Krankenhaus an die TSD weiterverrechnet wurden“, erklärt Wohlgenuth. Dazu kamen noch Aufwendungen für den Sicherheitsdienst. Für Wohlgenuth ist das nicht mehr vertretbar. „Allein im Vorjahr hat der Standort ein Minus von rund 400.000 Euro verursacht.“

Die bislang dort untergebrachten Flüchtlinge werden auf bestehende Einrichtungen verteilt. Ebenso das Betreuungspersonal. Für



Zu teuer: Die Unterkunft für 185 ukrainische Kriegsflüchtlinge im Haller Krankenhaus wird aufgelassen. Foto: APN/Gesder



Foto: David Lüdt

„Die Konsolidierung erfolgt ohne Stellenabbau. Die TSD werden alle anderen Einsparungspotenziale ausschöpfen.“

LHStv. Philip Wohlgenuth/SPÖ (Integrationsreferent)

Wohlgenuth stehen dabei die Bedürfnisse von Kindern im Vordergrund. So würden Familien mit schulpflichtigen Kindern in Absprache mit der Bildungsdirektion übersiedelt.

## Containerdorf gestoppt

Offen spricht der Landeshauptmannstellvertreter auch von (finanziellen) Fehlentscheidungen in der Vergangenheit, „die sich nicht

wiederholen dürfen“. 2023 wollte sein Vorgänger Georg Dornauer aufgrund fehlender Flüchtlingsquartiere in Tirol am Campus Technik der Universität Innsbruck ein Containerdorf für 200 geflüchtete Personen errichten. Die operative Umsetzung erfolgte über das später in Konkurs gegangene Unternehmen des Gemeindeverbands GemNova. Im Jänner 2023 stellte sich heraus, dass die ursprünglich dafür veranschlagten Kosten von 250.000 Euro nicht zu halten sind. Die Container waren aber schon bestellt, im Zusammenhang mit deutlichen Mehrkosten wegen Brandschutzauflagen wurde das Projekt gestoppt.

„Nicht nur das Containerdorf wäre unwirtschaftlich geworden, darüber hinaus gab es großen Widerstand aus der Nachbarschaft“, sagt Wohlgenuth. Die Kosten für den Rückbau mussten schlussendlich die TSD tragen, in der Bilanz werden deswegen 217.000 Euro abgeschrieben. Für Planungsleistungen haben die TSD insgesamt 62.300 Euro ausgegeben.

## Sint übt Kritik an Vergeudung

**Innsbruck** – Harsche Kritik an der Steuergeldverschwendung am Campus Technik übt Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint. „Die politische Entscheidung des damaligen SPÖ-Landeshauptmannstellvertreters Georg Dornauer hat die Tiroler Steuerzahler 280.000 Euro gekostet.“ Zuerst voreilig angekündigt, sei der Bau der Container-Wohnanlage dann doch gescheitert. „Zum Leidwesen und Schaden der Steuerzahler. Diese Steuergeldverschwendung ist endlich abzustellen“, betont der Oppositionspolitiker. Solche kostspieligen Fehlentscheidungen würden sich „wie ein roter Faden durch die TSD ziehen“. (pn)



# Hilferuf aus Klinik verhallt

Landesrätin Hagele erteilt flexiblen Lohn-Anpassungen für OP-Personal eine Absage. An den Wartezeiten in Innsbruck gibt es harsche Kritik.

**Innsbruck** – Der Hilferuf, mit dem die Leitung der Innsbrucker Klinik an die Öffentlichkeit getreten ist, hat hohe Wellen geschlagen. Die OP-Wartezeiten in Tirols größter Krankenanstalt sind derzeit enorm lang. Mehr als 500 Patientinnen und Patienten erhielten vorerst gar keinen Termin für ihren Eingriff. Alois Obwegeser, ärztlicher Direktor des Spitals, machte, wie berichtet, den Pflege-mangel dafür verantwortlich. Und forderte als Gegenmaßnahme unter anderem flexible Lohn-Anpassungen für das OP-Personal.

Dem Vorschlag erteilte die zuständige Landesrätin Cornelia Hagele gestern eine Absage. „In Tirol steht die medizinische Grundversorgung auf einem hohen Niveau“, sagt sie. „Insbesondere in Akutfällen. Nichtsdestotrotz sehen wir die Herausforderungen im Bereich der so genannten elektiven Operatio-

nen, also der verschiebbaren Eingriffe.“ Ihr sei die Ernsthaftigkeit der Lage in diesem Bereich bewusst, es werde auch gehandelt – nur eben nicht mit kurzfristigen Gehaltsanpassungen.

Als „wesentliche Stell-schraube“ bezeichnete Hagele die neu geschaffene Position der OP-Koordinatorin, welche unlängst die Arbeit aufgenommen hat. Diese Sorge dafür, „freie Kapazitäten tirolweit optimal zu nutzen“. Auch verwies Hagele auf die Ausbildungs-offensive in der Pflege.

Für die Opposition im Tiroler Landtag ist das zu wenig. „Wenn Patientinnen und Patienten über Wochen Schmerzen ertragen müssen, hat es fünf nach zwölf geschlagen“, sagte Petra Wohlfahrtstätter von den Grünen. Liste-Fritz-Obfrau Andrea Haselwanter-Schneider sprach von „unerträglichen Zuständen“. (bfk)

Mehr auf Seite 5

# Flüchtlingsgesellschaft trennt sich von teuren Unterkünften

Quartier in Hall wird geschlossen, 217.000 Euro mussten für Container-Flop abgeschrieben werden. Wohlgemuth: „Fehler nicht mehr wiederholen.“

Von Peter Nindler

**Innsbruck** – Die Flüchtlingsgesellschaft Tiroler Soziale Dienste (TSD) muss sparen. Derzeit werden von ihr 3120 Personen betreut, darunter 2006 AsylwerberInnen und 1114 Vertriebene aus der Ukraine. Die sinkenden Asylwerberzahlen schlagen sich allerdings im Budget der TSD nieder, die Tagsätze aus der Grundversorgung sind schließlich zentraler Finanzierungsbestandteil. 2023 betragen sie insgesamt noch 39,6 Millionen Euro.

Im Dezember hat Landeshauptmannstellvertreter Philip Wohlgemuth (SPÖ) die Integrationsagenden von Georg Dornauer übernommen, er muss in den TSD jetzt einen Konsolidierungskurs einschlagen. Der soll ohne Stellenabbau gelingen. 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den TSD beschäftigt. „Es wäre einfach, den aktuellen Budgetherausforderungen mit einem Stellenabbau zu begegnen. Meine klare Vorgabe lautet hingegen, alle anderen Einsparungspotenziale auszuschöpfen – beginnend mit den Sachaufwänden und Unterkünften.“

## Minus von 400.000 € in Hall

Bereits am 1. April erfolgt die Schließung der Unterkunft für Vertriebene aus der Ukraine. 185 Plätze gibt es, monatlich fielen Kosten von 75.000 Euro an. „Neben der Miete lag das vor allem an den vergleichsweise hohen Betriebskosten, die pauschal vom Krankenhaus an die TSD weiterverrechnet wurden“, erklärt Wohlgemuth. Dazu kamen noch Aufwendungen für den Sicherheitsdienst. Für Wohlgemuth ist das nicht mehr vertretbar. „Allein im Vorjahr hat der Standort ein Minus von rund 400.000 Euro verursacht.“

Die bislang dort untergebrachten Flüchtlinge werden auf bestehende Einrichtungen verteilt. Ebenso das Betreuungspersonal. Für



Zu teuer: Die Unterkunft für 185 ukrainische Kriegsflüchtlinge im Haller Krankenhaus wird aufgelassen. Foto: WPA/Grazer



Foto: David Lohr

„Die Konsolidierung erfolgt ohne Stellenabbau. Die TSD werden alle anderen Einsparungspotenziale ausschöpfen.“

LHStv. Philip Wohlgemuth/SPÖ  
(Integrationsreferent)

Wohlgemuth stehen dabei die Bedürfnisse von Kindern im Vordergrund. So würden Familien mit schulpflichtigen Kindern in Absprache mit der Bildungsdirektion übersiedelt.

## Containerdorf gestoppt

Offen spricht der Landeshauptmannstellvertreter auch von (finanziellen) Fehlentscheidungen in der Vergangenheit, „die sich nicht

wiederholen dürfen“. 2023 wollte sein Vorgänger Georg Dornauer aufgrund fehlender Flüchtlingsquartiere in Tirol am Campus Technik der Universität Innsbruck ein Containerdorf für 200 geflüchtete Personen errichten. Die operative Umsetzung erfolgte über das später in Konkurs gegangene Unternehmen des Gemeindeverbands GemNova. Im Jänner 2023 stellte sich heraus, dass die ursprünglich dafür veranschlagten Kosten von 250.000 Euro nicht zu halten sind. Die Container waren aber schon bestellt, im Zusammenhang mit deutlichen Mehrkosten wegen Brandschutzauflagen wurde das Projekt gestoppt.

„Nicht nur das Containerdorf wäre unwirtschaftlich geworden, darüber hinaus gab es großen Widerstand aus der Nachbarschaft“, sagt Wohlgemuth. Die Kosten für den Rückbau mussten schlussendlich die TSD tragen, in der Bilanz werden deswegen 217.000 Euro abgeschrieben. Für Planungsleistungen haben die TSD insgesamt 62.300 Euro ausgeben.

## Sint übt Kritik an Vergeudung

**Innsbruck** – Harsche Kritik an der Steuergeldverschwendung am Campus Technik übt Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint. „Die politische Entscheidung des damaligen SPÖ-Landeshauptmannstellvertreters Georg Dornauer hat die Tiroler Steuerzahler 280.000 Euro gekostet.“ Zuerst vorzeitig angekündigt, sei der Bau der Container-Wohnanlage dann doch gescheitert. „Zum Leidwesen und Schaden der Steuerzahler. Diese Steuergeldverschwendung ist endlich abzustellen“, betont der Oppositionspolitiker. Solche kostspieligen Fehlentscheidungen würden sich „wie ein roter Faden durch die TSD ziehen“. (pn)



# Kritik an langen OP-Wartezeiten

Nach einem Hilferuf der Innsbrucker Klinik schäumt die Opposition im Landtag. Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele verweist auf laufende Initiativen.

Von Benedikt Mair

**Innsbruck** – Die Geduld vieler Patientinnen und Patienten der Klinik in Innsbruck wird derzeit auf eine harte Probe gestellt. Wie berichtet, sind die OP-Wartezeiten extrem lang, im Jänner dieses Jahres waren 20 Prozent der Operationssäle gesperrt. Mehr als 500 Männer und Frauen bekamen vorerst überhaupt keinen Termin für einen Eingriff – zu weit in der Zukunft liegt der ehestmögliche. Der ärztliche Direktor des Spitals, Alois Obwegeser, hatte den Pflege-Mangel für die Misere verantwortlich gemacht. Um das Problem in den Griff zu kriegen, stellte er unter anderem höhere Flexibilität bei der Budget-Gestaltung in den Raum. „Andere schrauben einfach das Gehalt etwas nach oben. Wir dürfen das nicht“, sagt er.

Der Forderung erteilte Tirols Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele am Montag aber eine Absage. Sie sei sich

zwar der „Ernsthaftigkeit der Lage bewusst“, halte aber wenig von einer punktuellen Erhöhung der Löhne. Eine wesentliche Stellschraube stelle die OP-Koordinatorin des Landes dar, die vor Kurzem ihre Arbeit aufgenommen hat. Diese fungiere „als zentrale kommunikative Drehscheibe, Operationen regionsübergreifend abzustimmen und freie

Kapazitäten tirolweit optimal zu nutzen“, erklärte die ÖVP-Politikerin.

„Darüber hinaus treiben wir die Ausbildungs-offensive so intensiv voran wie nie zuvor“, sagte Hagele. „In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der auszubildenden Pflegekräfte in Tirol von rund 1400 auf mehr als 2260 angewachsen.“

Empört reagierte die Opposition im Tiroler Landtag. „Wenn Patientinnen und Patienten über Wochen Schmerzen ertragen müssen, hat es fünf nach zwölf geschlagen“, sagte etwa Grünen-Gesundheitssprecherin Petra Wohlfahrtstätter. Den regierenden Parteien warf die Landtagsabgeordnete ein „Totalversagen“ vor. Da die Klinik im Winter besonders durch verunfallte Skifahrer belastet sei, brachte sie „eine Art Versorgungsabgabe pro Nächtigung für die Gesundheitsleistungen“ ins Spiel. Es brauche aber ebenso „Akut-Lösungen“. Wohlfahrtstätter schlug vor, dass Patienten ohne Zusatzversicherung, die „unzumutbar lange“ auf einen OP-Termin warten, ohne Zusatzkosten auch in Privatkliniken behandelt werden.

Liste-Fritz-Parteioberfrau Andrea Haselwanter-Schneider sprach von „unerträglichen Zuständen“. Während viele Patientinnen und Patienten leiden und OP-Säle aufgrund fehlenden ausgebildeten Pflegepersonals geschlossen bleiben, zeigen sich Hagele und die Geschäftsführung völlig unbeeindruckt“, meinte die Landtagsabgeordnete. Sie forderte einen „Krisengipfel“, ohne sich aber allzu viel davon zu versprechen. „Auch der x-te Hilfeschrei des Klinikpersonals wird ungehört verpuffen.“



„In den vergangenen Jahren ist die Zahl der auszubildenden Pflegekräfte auf mehr als 2260 angewachsen.“

Cornelia Hagele  
(Gesundheitslandesrätin, ÖVP)



20 Prozent der OP-Säle waren in Innsbruck im Jänner gesperrt. Mehr als 500 Patienten erhalten vorerst keinen Termin für einen Eingriff. *Symonovic/Stock*

# Behörden-Streit in Affäre um Camping-Schwarzbau

Wer muss das Teilverbot wegen Schwarzbauten am Natterer-See-Camping durchsetzen und prüfen? Land und Bürgermeister schieben sich den Ball zu.

Von Max Strozi

**Natters** – In der Schwarzbau-Affäre rund um den Fünf-Sterne-Campingplatz Natterer See ist jetzt ein Streit entfacht, wer eigentlich für die Durchsetzung des Benützungsverbot auf einem Teil des Areals zuständig ist. Wie berichtet, hat die BH Innsbruck im Oktober 2024 die Nutzung von 21 Lodges und weiteren „Floating Homes“ untersagt, weil sie – seit vielen Jahren – auf Freiland stehen und auch an Urlauber vermietet wurden. Das Landesverwaltungsgericht hatte das Nutzungsverbot bestätigt.

## Behörden spielen Pingpong

Um die Frage, welche Behörde eigentlich das Teilverbot vor Ort am Campingplatz vollziehen und kontrollieren muss, spielen sich die BH Innsbruck und der Natterer Bürgermeister gegenseitig den Ball zu. Denn nach dem Teilverbot durch die BH im Oktober 2024 erließ die Gemeinde Natters Ende Jänner 2025 eine Ausnahme-Verordnung, wonach befristet für ein Jahr auf der betroffenen Fläche auf Freiland campiert werden darf.

Damit wollte man das Nutzungsverbot auf dem Areal umschiffen. Das Land Tirol bzw. die BH Innsbruck stehen auf dem Standpunkt, dass mit der Verordnung die Kompetenz zur Durchsetzung und Kontrolle des Benützungsverbot auf die Gemeinde Natters übergegangen ist. Weil die Benützungsuntersagung durch die BH Innsbruck erfolgte, obliege die Überprü-



Die Causa Natterer-See-Camping kommt in den Landtag.

Foto: Rita Falk

fung bzw. Einhaltung grundsätzlich zwar der Bezirkshauptmannschaft, erklärte zunächst das Land.

Doch mit der Erlassung der Verordnung durch die Gemeinde Natters gehe die Zuständigkeit in den Wirkungsbereich der Gemeinde über, betonte das Land. Daher sei die BH bis zum Ablauf der Verordnung in einem Jahr „nicht (mehr) für die Überprüfung und Durchsetzung der Einhaltung der Vorgaben des Tiroler Campinggesetzes für die betreffenden Objekte zuständig“. Die Gemeinde Natters habe zu klären, ob die Voraussetzungen für den Weiterbetrieb vorliegen.

Allerdings hatte das Gericht festgehalten, dass die Ausnahmeverordnung der Gemeinde in diesem Fall gar nicht greift. Gestern Abend ruderte das Land dann teilweise zurück. Die Verordnung der Gemeinde sei zwar „aktuell rechtsgültig und für die Vollzugsbehörden anzuwenden“. Aufgrund der Rechtsauffassung des Gerichts, wonach die Verordnung der Gemeinde nicht greift, werde seitens der Aufsichtsbehörde nun aber „eine weitere Prüfung veranlasst“ und eine Stellungnahme der Gemeinde Natters eingeholt.

Der Natterer Bürgermeister Marco Mösl erachtet sich jedenfalls als nicht zuständig.

„Behörde ist nicht die Gemeinde Natters“, sagt Mösl, „der Bescheid wurde aufgrund des Campinggesetzes von Seiten der BH ausgestellt und somit fällt eine Benützungsuntersagung nicht in meinen Aufgabenbereich. Das Urteil des Landesverwaltungsgerichtes ist mir nicht bekannt und wurde der Gemeinde bis heute nicht zugesendet“, so Mösl weiter: „Bis dato bin ich der Meinung, dass die Zelte und Lodges am Natterer See unter das Campinggesetz und nicht in den Wirkungsbereich der Gemeinde fallen.“

Laut dem Land ist die Benützungsuntersagung der BH Innsbruck bereits vollstreckbar. Der Betreiber des Campingplatzes Georg Giner – er ist auch Branchenobmann in der Wirtschaftskammer, ÖVP-Wirtschaftsbundfunktionär und Vizeobmann des TVB Innsbruck/Feriendörfer – hat angekündigt, das Benützungsverbot in außerordentlicher Revision vor dem Verwaltungsgerichtshof anzufechten.

## Causa beschäftigt Landtag

Die Causa beschäftigt nun auch den Landtag. Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint will in einer Landtagsanfrage von LH Anton Mattle, LR Josef Geisler und LR Mario Gerber (alle ÖVP) Hintergründe erfahren. Unter anderem geht es auch um die Frage, ob es sich bei den Lodges, die laut Gericht auf Holzplattformen stehen, die durch Pfähle fix im Boden verankert sind, um Mobile Homes handelt oder um Bauberwerke, die eine Baubewilligung benötigen.



# Landtag operierte am offenen Polit-Herzen

Kaum ein gutes Haar lässt die Opposition an der Gesundheitspolitik von Landesrätin Cornelia Hagele. Die Fragestunde geriet für sie zur Verteidigungsstunde.

Von Manfred Mitterwachauer

**Innsbruck** – Monatelange Wartezeiten auf einen OP-Termin, gesperrte OP-Säle und ein akuter Mangel an Pflegepersonal: Der Hilfeschrei aus der Führungsetage der Tiroler Kliniken blieb gestern im Tiroler Landtag nicht ungehört. Wenngleich in der Interpretation desselben zwischen Opposition und schwarz-roter Regierung regelrecht Welten liegen.

Im Zentrum der Kritik von Liste Fritz, Grünen, FPÖ und NEOS stand dabei Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele. Gleich mehrfach musste sich die VP-Politikerin den Vorwurf gefallen lassen, in das viel zitierte Mantra ihres Vor-Vorgängers Bernhard

„Die PatientInnen finden die OP-Koordinatorin einfach nicht. Das gleicht einer Schnitzeljagd.“

Andrea Haselwanter-Schneider  
(Liste-Fritz-Parteichefin)

Tilg zu verfallen: Alles richtig gemacht? Der Landtag operierte quasi am offenen Herzen namens Gesundheitspolitik. Hagele, so der Vorwurf von Landtagsabgeordneter Andrea Haselwanter-Schneider (Liste Fritz), habe bereits den ersten Hilferuf aus den Tiroler Kliniken aus dem Jahre 2023 ignoriert und auch die eingesetzte OP-Koordinatorin sei für Patienten schlicht nicht greifbar. FP-Mandatar Patrick Haslwanter warf Ha-

„Auf die Strategie warten wir noch immer. Hagele verfolgt eher eine Strategie der Ankündigungen.“

Petra Wohlfahrtstätter  
(Gesundheitssprecherin Grüne)

„Ich stelle mich nicht hierhin und sage: Alles ist in Ordnung.“

Cornelia Hagele  
(Gesundheitslandesrätin, VP)

gele vor, den Gehaltswettbewerb unter den Kliniken beiseite zu wischen, LA Petra Wohlfahrtstätter (Grüne) bewertete Hageles bisherige Tätigkeit als „Strategie der Ankündigungen“.

# Ein Landtag voller Bekenntnisse

Der Landtag erneuerte gestern einstimmig den Tiroler Anti-Transit-Kurs. Nicht, ohne sich zuvor öffentlich ob der Bundes-Verkehrsziele in den Haaren zu liegen. Der Trentiner Antrag erzuhr.

Von Manfred Mitterwachauer

**Innsbruck** – Für kurze Zeit zählte der Tiroler Landtag gestern 37 statt 36 Mitglieder. Erste Reihe fünffrei und für kurze Zeit sogar am Rednerpult verweilend, hatte eine lächelnde, überdimensionale Karotte neben den Mandatarinnen Platz genommen. Eine aus Plüsch. Mitgebracht hatte sie Grünen-Klubobmann Gebi Mair. In einem Anflug von Aktionismus. Der scheint im Landtag in Mode zu kommen. Zuletzt hob Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint eine Baustellen-Warmlampe im Plenarsaal kameragerecht in die Höhe.

Mit dem Spielzeug-Gemüse hält Mair der schwarz-roten Landesregierung vor, die Tirolerinnen erneut beim Verkehr an der Nase herumzuführen. Denn in der gestrigen „Aktuellen Stunde“ wollte die SP über das Verkehrsangebot der neuen Bundesregierung und die darin enthaltenen Tiroler Erfolge debattiert wissen. Hernach rief FP-Chef Markus Abwerzger per Dringlichkeitsantrag zum Neer-



Einst Lebensader, nunmehr Symbol des ungebreitsten und ungelöststen Transit-Dilemmas: die Europabrücke. Foto: T&K

ichen Anti-Transit-Schulter-schluss auf. Erneut hatte der Transit den Landtag wieder einmal in seinem Würdegriff.

Für Mair lenkten VP und SP mit Blick zum Bund lediglich von ihren Verkehrsversumissen in Tirol ab. Weder sei Slot (digitales Verkehrsmanagementsystem) umgesetzt noch sonstige Entlastungsmaßnahmen zu spüren. Dass nun Landeshauptmann Anton Mattle (VP) das Immissionschutzgesetz-Luft zum „Immissionschutzgesetz-Lärm“ ummodellen wolle und NEOS-Chefin Birgit Obermüller in der pinken Bundesregierungsbeteiligung das Ende des Dieselpilzigs bereits als gesetzt verkaufte – dem wollte die Opposition erwartungsgemäß keinen rechten Glauben schenken. Moniert wurde, dass das Bundes-Koalitionsprogramm mit zu vielen „Bekenntnissen“ und zu wenig Konkretem geschmückt worden sei.

## Mattle will „IG-Lärm“

Mattle blieb jedoch dabei. Das Verkehrskapitel der Dreierkoalition in Wien sei aus Tiroler Sicht ein vier-sprechendes. Die Bundesregierung sei gefordert – man werde sie an den Zusagen zu Slot, aber auch im Kampf ge-

gen die Transit-Luft Italiens messen. Und ja, es sei an der Zeit, die bis dato großteils auf dem IG-Luft gesetzlich basierenden Lkw-Fahrverbote um eine Lärm-Komponente zu erweitern, so Mattle. Dass nun das Lkw-Nachfahrverbot auch seitens der Euro-

gio ausgehöhlt werden soll, schmerzte Mattle ab: „Lassen wir uns nicht von Zurschiffen aus dem Trentino auseinanderdividieren.“

Doch der Trentiner Antrag für den Dreierlandtag (Tirol, Südtirol, Trentino) im Juni erzielte viele Abgeordnete in Tirol. Wie exklusiv berichtet, fordern die Trentiner das Aussetzen des Lkw-Nachfahrverbots bis zum Ende der Leog-Baustelle (2030). Verkehrslandesrat René Zumtobel (SP) hielt das für fatal. „Wer das Nachfahrverbot angreift, kann auch den Luft-100er gleich schmeißen.“ Denn nahezu sämtliche Schwerverkehrsmaßnahmen in Tirol fußen auf dem IG-Luft. VP-Klubobmann Jakob Wolf ging nicht nur mit den Trentinern, sondern auch den Verbotskritikern in den VP-Reihen hart ins Gericht: „Das sind lobbyistische Forderungen, denen wir eine klare Ablegung erteilen.“ Den Antrag im Dreierlandtag werde man ablehnen – so oder so.

Letztlich gilt die Landtags-sitzung einschließlich zu Ende: mit einem einstimmigen Beschluss des FP-Antrags und eines VP-Zusatzantrags. Die Inneitiroler Anti-Transit-Allianz nie geschmedet. Auch das ist ein Bekenntnis.

## Das gilt in der Transit-Debatte

**Lkw-Nachfahrverbot:** Aktuell hat Italien vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die Lkw-Fahrverbote (und Dosierung) in Tirol geklagt. Eine Entscheidung dürfte nicht vor Mitte 2026 erfolgen. Auch die Wirtschaftskammer Österreich fordert ein Aus des Nachfahrverbots. WK-Tirol-Präsidentin Barbara Thaler allenfalls eine Lockerung an den Randzeiten.

**IG-Luft:** Das Immissionschutzgesetz bildet die rechtliche Grundlage vieler Anti-Transit-Maßnahmen. Zuletzt konnte Tirol die Luftschadstoffgrenzwerte fast durchgehend einhalten. Die Fahrverbote kommen deshalb unter Druck. Ab 2030 gelten aber EU-weit strengere Werte.

**Regierungsprogramm VP/SP/NEOS:** Die neue Bundesregierung hat sich vollinhaltlich zu den Tiroler Transitmaßnahmen bekannt und will selbige sogar ausbauen. Auch will man das digitale Verkehrsmanagement (Slot) umsetzen – Bayern, Tirol und Südtirol haben sich darauf bereits 2023 geeinigt.

**Dreierlandtag:** Im Juni findet eine gemeinsame Sitzung der drei Landtage (Tirol, Südtirol, Trentino) in Meran statt. Hierfür hat der Trentiner Landtag einen Antrag zur temporären Aufhebung des Lkw-Nachfahrverbotes eingebracht. Wird selbiger zur Sitzung zugelassen, kann er abgelehnt werden, wenn ein Landtag geschlossen dagegen stimmt.



„Beim Transit gibt es keine faulen Kompromisse. Das IG-Luft soll auch für Lärm stehen.“

Anton Mattle  
(Landeshauptmann, VP)



„Auch bei einem Diabetiker setzt man nicht das Insulin ab, nur weil es ihm plötzlich besser geht.“

René Zumtobel  
(Verkehrslandesrat, SP)



„Was erlauben sich die wild gewordenen Abgeordneten des Trentino? Da bin ich dann für einen Ausstieg aus dem Dreierlandtag.“

Markus Abwerzger  
(FP-Landesparteiobmann)



„Jetzt soll nicht der Tiroler, sondern der Bundes-Adler den Löwen in Bayern wahren.“

Andrea Haswanter-Schneider  
(Partiebürofrau Liste Fritz)



Trif nicht den Gusto der schwarz-roten Koalition: Gebi Mairs Plüsch-Karotte, mit welcher er die Transit-Politik der Regierung anklagte. Foto: Mitterwachauer



# Maut-Millionen der Asfinag von Tourismusabgabe befreit

Jede Firma in Tirol muss Tourismusabgabe zahlen, die Asfinag aber ist für ihre Mauteinnahmen davon per Gesetz befreit. Liste Fritz fordert Änderung.

Von Max Strozi

**Innsbruck** – Der Verkehr in Tirol lässt auch bei der Asfinag jedes Jahr kräftig die Kassen klingeln. Rund 370 Millionen Euro streifte die staatliche Autobahn- und Schnellstraßengesellschaft im Vorjahr in Tirol an Mauteinnahmen ein. Dabei profitiert die Asfinag ganz massiv und unmittelbar auch vom touristischen Verkehr – sei es über die Autobahnvignette, sei es über die Brennermaut. Im Gegensatz zu allen anderen Unternehmen in Tirol muss die Asfinag auf ihre Tiroler Mauteinnahmen allerdings keine Tourismusabgabe zahlen. Mit der umstrittenen Tourismusabgabe werden im Wesentlichen die Tiroler Tourismusverbände finanziert. Insgesamt fließen so jedes Jahr rund 140 Millionen Euro in die TVB-Kassen.

## Ausnahme für Maut

Das Land Tirol begründet die Ausnahme für die Asfinag gegenüber der *TT* mit einer „Bundes-Finanzverfassungsrechtlichen Grundsatzbestimmung“. Demnach dürfen eingehobene Mauten, Benützungsgebühren oder Abgaben für die Benützung von Bundesstraßen nicht mit landesgesetzlich geregelten Abgaben belastet werden. Konkret ist dies mit einer Grundsatzbestimmung im Asfinag-Gesetz festgehalten. Daher können



Hundert Millionen Euro nimmt die Asfinag jedes Jahr in Tirol an Maut ein – vieles auch von Touristen. Foto: TT/Böden

in Tirol die Mauteinnahmen nicht für die Bemessungsgrundlage der Tourismus-Beitragspflicht der Asfinag herangezogen werden.

Im Gegensatz dazu unterliegen die Umsätze der Asfinag aus dem Geschäft mit ihren Raststätten sehr wohl der Beitragspflicht, schildert Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint mit Verweis auf eine Auskunft des Landes. Auf diese Umsätze ist also eine Tourismusabgabe zu zahlen. „Es ist vollends skurril und ungerecht, wenn wirkliche Tourismusprofiteure wie die Asfinag nur teil-

beitragspflichtig sind. Obwohl jedes Jahr Millionen Touristen die Autobahn in Tirol benötigen und dafür Maut hinblättern, werden diese Mauteinnahmen nicht besteuert“, kritisiert Sint. „Während man sonst von jedem Betrieb in Tirol die Tourismusabgabe ein-kassiert, wird bei der Asfinag nur der Beilagensatz besteuert, nicht aber die Hauptspeise.“ Die schwarz-rote Landesregierung müsse sich daher bei der neuen Bundesregierung für eine Änderung im Asfinag-Gesetz starkmachen, fordert Sint.

Die Tourismusabgabe sorgt immer wieder für heftige Debatten. Sie fällt für Unternehmen an, die vom Tourismus mittelbar oder unmittelbar profitieren. Diese Bestimmung wird dermaßen ausladend ausgelegt, dass jede Firma zahlen muss. Denn um als Unternehmen in Tirol vom Tourismus profitieren zu haben, genügt bereits das Argument, dass die allgemeine Wirtschaftslage durch den Tourismus gehoben werde. Damit werden auch Firmen zur Kasse gebeten, die mit dem Tourismus keinen Cent verdienen.